



AG Soziale Gerechtigkeit

Klimagerechtigkeit und Kapitalismus

Mitglieder der AG und Autoren: Berny, Claude; Kollmeier, Alfred; Rumpel, Michael

Klimagerechtigkeit und Kapitalismus

0.	Grundbegriffe und Grundlagen.....	S. 4
	a) Klimagerechtigkeit als weltpolitisches Ziel.....	S. 4
	b) Natur.....	S. 5
	1. Ein idealistischer Naturbegriff	S. 5
	2. Ein materialistischer Naturbegriff	S. 6
	2.1. Gesellschaftliche Naturverhältnisse	S. 8
	2.2. Mensch, Gesellschaft, Ökologie.....	S. 9
	3. Wo steht die Physik ?.....	S.10
I.	Umriss der derzeitigen Situation	S.12
	a) Emissionszertifikate	S.15
	b) CO₂-Steuer als Alternative?	S.16

II.	Konkretisierung von Klimagerechtigkeit	S.20
	a) Imperiale Lebensweise	S.23
	b) Soziale Konflikte	S.26
	c) Was hat die <Imperiale Lebensweise> mit sozialen Konflikten zu tun?	S.29
	d) Kapitalismus und Wachstum gehören zusammen!	S.31
	e) Im Kampf um Klimagerechtigkeit: Die Frauenbewegung	S.33
	f) Der Rassismus in der Imperialen Lebensweise	S.35
	g) Klimaimperialismus in der Imperialen Lebensweise	S.36
III.	Umsetzung	S.42
	a) Eckpfeiler von Politik	S.43
	b) Was tun?	S.50

0. Grundbegriffe und Grundlagen

a) Klimagerechtigkeit als weltpolitisches Ziel

Klimagerechtigkeit bezeichnet das Ziel, die globale Emission von Treibhausgasen gerecht zu verteilen und die Folgen der weltweiten Erwärmung nach Maßgabe des Verursacherprinzips auszugleichen. Dies würde bedeuten, dass der globale Norden für die Folgen der von ihm verursachten Erwärmung aufkommen müsste. Als Ziel der anvisierten (und notwendigen) Klimaneutralität wird ein jährlicher Ausstoß von 1-2 to Kohlendioxidäquivalenten pro Mensch angenommen, was logischerweise begleitet sein muss von gleichzeitiger deutlicher Reduktion des derzeitigen weltweiten CO₂-Gesamtausstoßes; was für viele Länder des globalen Südens theoretisch bedeutet, dass sie mehr CO₂ ausstoßen dürfen als derzeit, während die Industrieländer des Nordens den CO₂-Ausstoß teilweise dramatisch (bis zu 95%) reduzieren müssten. Unser Begriff von Klimagerechtigkeit geht von der gegenwärtigen Situation aus, die dadurch gekennzeichnet ist, dass jene Bevölkerungsgruppen (mehrheitlich im globalen Süden), die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, oftmals am stärksten und ungeschütztsten unter seinen Folgen zu leiden haben.

Die gegenwärtige Situation ist davon geprägt, dass die Industrieländer des Nordens um mehr als das 10-fache über dem 2-to-Ziel liegen und der CO₂-Ausstoß mit jedem Wirtschaftswachstum weiter gesteigert wird. Der Corona-Lockdown mit dem Herunterfahren einiger Wirtschaftsaktivitäten hat zum ersten Mal nach der Krise 2009 wieder zu einer Schrumpfung des CO₂-Ausstoßes geführt. Es ist zu erwarten, dass nach einer Erholung der Wirtschaft der frühere Ausstoß schnell wieder erreicht wird. Die globalen THG-Emissionen¹ sind von 1990 - dem Zeitpunkt der Kyoto-Konferenz, auf der eine globale Umkehr beschlossen wurde und das Jahr, das seitdem als Referenzjahr gezählt wird - bis 2018 um 67% gewachsen: Von 22,60 Mrd. t auf 37,90 Mrd. t.

1 THG-Emissionen sind die Emissionen der Treibhausgase Kohlendioxid (CO₂), Ozon (O₃), Lachgas (N₂O) und Methan (CH₄).

b) Natur

Die Rede ist von <Natur>. Das ist wohl der häufigste Begriff, der im Zusammenhang mit dem Klimawandel verwendet wird. Aber was bedeutet <Natur>?

„Ohne eine durchgreifende Veränderung im Verhältnis des Menschen zu dieser Natur scheint eine Bewältigung des Umweltproblems ausgeschlossen. Nachdem sich die menschliche Zivilisation jahrhundertlang bedenkenlos auf Kosten ihrer Umwelt entwickelt hat, beginnen sich die natürlichen Systeme auf die veränderte Situation im lokalen und globalen Maßstab - ihrerseits gleichsam rücksichtslos gegen den Menschen – einzustellen.“ (Schiemann: Natur – Kultur und ihr Anderes, S.73)

Die Natur ist nicht das harmonische, von der Evolution perfektionierte Ganze. Die Natur ist ein Phantasma des Menschen. Der Mensch ist selbst Teil der <Natur>, hat aber eine Reihe von Naturen als Umwelten erschaffen (und ist von diesen wiederum <konditioniert> worden), die in fragilem Wechselverhältnis zu den Formen seiner Praxis stehen.

Oder ist der Mensch kein Teil der Natur? Hat er sich durch die Zivilisierung seiner selbst von ihr emanzipiert und lebt eine Art Zivilgesellschaft, die eben nicht <natürlich> ist? Nun gibt diese Dichotomie von <Natur und Gesellschaft> das verbreitete Gefühl wieder, dass es sich um zwei verschiedene Dinge handelt, von denen dort gesprochen wird. <Natur und Gesellschaft>, <Natur und Kultur>, Mensch und Natur> ... das sind die geflügelten Worte aller Diskurse über den Klimawandel.

1. Ein idealistischer Naturbegriff

Die traditionelle Sicht: der Mensch, seine Gesellschaft und Kultur stehen außerhalb der Natur und dies deshalb, weil er denkt und Selbstreflexion betreiben kann.

Der idealistische Naturbegriff reproduziert die Dichotomie von Natur und Kultur: hier unveränderliche Natur, dort die bewegliche, sich stets verändernde Kultur des Menschen. Die Dichotomien Natur vs. Kultur und Natur vs. Gesellschaft beschreiben den Diskurs der Zivilisation, die glaubt, sich von der Natur emanzipiert zu haben. Hier ist der Mensch der Akteur, die Natur das große Ganze, das ihm träge, fast unbeweglich gegenüber steht. Eine Folge dessen ist die Vorstellung, dass der Mensch über der Natur steht und berechtigt ist, Natur zu beherrschen. Eine andere Folge ist die Hierarchie: Natur unten, Zivilisation oben. Eine Steilvorlage für jede innergesellschaftliche Herrschaftslegitimation. Je weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie sich Menschen befinden, desto naturnaher und unzivilisierter werden sie in der Hierarchie eingeordnet

Die <Naturalisierung> gesellschaftlicher Verhältnisse hat eine Machtfunktion, das haben wir in unzähligen Fällen aus der Geschichte der Sklaverei, der Klassenherrschaft, der Beherrschung der Frauen auf der Hand liegen. Diese Naturalisierung hat den herrschenden Klassen immer wieder dazu gedient, Kritik an ihrem System abzublocken, indem den zu beherrschenden Subjekten <natürliche Eigenschaften> zugeschrieben wurden, die diese als minderwertig kennzeichnen.

Und nicht zu vergessen: Der idealistische Naturbegriff ist im Kern immer kreationistisch, weil er einen Schöpfer bzw. einen unbewegten Beweger voraussetzt. Das können Gott, der Geist, der Mensch u.a.m. sein. In jedem Fall handelt es sich um einen anthropozentrischen Naturbegriff.

2. Ein materialistischer Naturbegriff

Grundprämisse: Der Mensch ist integraler Bestandteil von Natur. Dann sind auch seine gesellschaftlichen Verhältnisse ein Bestandteil der Natur. Dann ist auch das Denken als Alleinstellungsmerkmal des Homo sapiens ein Bestandteil von Natur.

Das heißt: Menschliches Denken als Naturereignis setzt schon voraus, dass sich der Akteur dieses Ereignisses als übernatürlich, also außerhalb der Natur, begreift.

Daraus ergibt sich eine Doppelpräsenz: Der Mensch ist integraler Teil der Natur, steht aber mit seinem Denken außerhalb seiner Selbst und der Natur. Dies ist notwendig, um Erkenntnisse (über etwas) gewinnen zu können. Solange ich nur mitten drin bin, werde ich nichts anderes sehen, als meine eigene Interaktion mit meiner nächsten Umgebung, die ich allerdings nicht verstehen, d.h. mit dem Ganzen verknüpfen kann. Ich muss mich also außerhalb platzieren, um die Welt der Verknüpfung der Objekte erkennen zu können. Durch diese Doppelpräsenz entsteht aber bei der Betrachtung der Realität immer ein blinder Fleck, nämlich die Gegenwart des Subjekts, da ich bestimmte Aspekte meines Seins ausklammern muss, nicht wahrnehmen kann, weil sie mein Selbstverständnis <im System> in Frage stellen und weil diese Stellung <außerhalb> immer auch imaginär bleiben muss. Wir können nicht von oben, scheinbar objektiv, über die Welt und uns selbst darin blicken.

Begriff des Materiellen: *Materiell ist ein Objekt, wenn es im Zusammenhang mit einer Welt der Objekte steht und aus diesem Zusammenhang seine Gestalt, seinen gesellschaftlichen Begriff und seine Zusammensetzung erhält (das*

ist die Wirkung der Struktur auf ihre Bestandteile). Das Objekt übt also Wirkungen auf seine Umwelt aus, diese wird dadurch verändert und ist selbst zugleich Wirkungen anderer Objekte unterworfen.

Ein Objekt ist ein Gebrauchsgegenstand des Alltags (ein Teller), ein wissenschaftliches Objekt (z.B. der Physik), ein menschliches Subjekt oder eine gesellschaftliche Struktur (z.B. ein beliebiger Staatsapparat wie die Polizei). Als Teil der gesellschaftlichen Praxis, in die es eingebunden ist, hat es nicht nur eine Bedeutung, d.h. es ist ein Objekt mit (in der Regel) fließenden Bedeutungen. Denn: Die Wahrnehmung eines Objekts ist immer auch die Wahrnehmung der Bedeutung dieses Objekts. Die Bedeutung eines Objekts ist Teil des Objekts. Das heißt: Die gesellschaftliche Rolle, die ein Objekt einnimmt, ist ebenso Teil des Objekts wie dessen chemische und physikalische Eigenschaften. Wenn ich einen Gegenstand, den die Gesellschaft mit <Blume> bezeichnet, wahrnehme, werde ich weniger aufmerksam sein gegenüber dessen chemischer Zusammensetzung als gegenüber dessen Form und Farbe und all dessen, was von direkter Relevanz für den Einsatz dieses Objekts im Umgang mit anderen Menschen sein wird.

Die Varianten des Einsatzes des Objekts <Blume> richten sich nach deren wahrnehmbaren Eigenschaften, die dann in ein pragmatisches Handeln einfließen: Preis, Farbe(n), Form, Geruch, Konvention. Das Objekt da draußen, also außer uns, existiert. Aber in das Objekt ist selbst schon die Bedeutung des Objekts eingeschrieben. Nicht eine beliebige des wahrnehmenden Subjekts, sondern eine bereits gesellschaftlich umrissene Bedeutung. Als Bsp. soll der Hammer dienen: er ist mehr als eine Kombination aus Holz und Stahl. Er ist ein Werkzeug. Und diese Funktion kann auch als gesellschaftliche Eigenschaft namens <Gebrauchswert> bezeichnet werden, die dazu führt, diverse Umwandlungen von Rohmaterial in Produkte der menschlichen Arbeit in Gang zu setzen. Der Hammer ist ein Produktionsmittel und verändert in dieser Rolle die Wirklichkeit.

Seine Funktion und seine Eigenschaften bestehen nur im Verhältnis zu den Subjekten bzw. den Gesellschaften. Ohne sie ist er eine Kombination aus Holz und Stahl.

Für den Materialismus gilt: Ein Begriff der Natur ohne die menschlichen Gesellschaften und ihre Praxisformen bleibt abstrakt. Das ist es, was den Materialismus vom Naturalismus unterscheidet.

2.1. Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Ein materialistischer Naturbegriff setzt die Gesellschaft, <den Menschen> als Bestandteil von Natur, als gesellschaftliches Naturverhältnis.

Die Dichotomie von Natur und Kultur (und damit auch als Verfassung des menschlichen Bewusstseins) ist notwendig, um menschliche Gesellschaften als eigenes Objekt entstehen zu lassen.

Zugleich sind die in der gesellschaftlichen Praxis verankerten Dichotomien von Natur vs. Kultur bzw. Natur vs. Gesellschaft selbst Bestandteil der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Diese Dichotomien sind kein Irrtum, sondern notwendige Voraussetzung von Gesellschaft.

Wir bezeichnen diese begriffliche Form der Natur als materialistisch, weil sie erklären will, wie Natur sich auch durch gesellschaftliche Tätigkeit selbst erzeugt und verändert, ohne der menschlichen mentalen Struktur (genannt Denken) überirdische Eigenschaften beizumessen.

Es gilt die gesellschaftlichen Verhältnisse als ebenso materiell zu begreifen wie Energie materiell ist oder der Begriff der Dinge und der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ein gesellschaftlich gültiger Begriff der Dinge oder der gesellschaftlichen Verhältnisse setzen eine Praxis in Gang, die infolge ihrer Performativität Zusammenhänge verändert: Technische, gesellschaftliche, individuelle etc. Zusammenhänge.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse (in der Philosophie wird oft von 2. Natur gesprochen) sind eine widersprüchliche Identität von Natur und Gesellschaft: Gesellschaft ist Bestandteil von Natur und ist gleichzeitig der Natur entgegengesetzt.

Ein Beispiel für die Materialität gesellschaftlicher Verhältnisse, deren <gespenstige> Performativität vielleicht als Paradebeispiel gesellschaftlicher Naturverhältnisse gelten kann: Der Wert der Waren ist ein gesellschaftliches Verhältnis, das den menschlichen Akteuren als eine natürliche Eigenschaft der Waren begegnet. Marx nennt dieses Phänomen Fetischismus der Ware. Hier sehen wir, wie die Begriffe der Dinge als deren natürliche Eigenschaften auftreten und in ihrer ganzen <Gespenstigkeit> (Marx) dazu beitragen, dass die Welt mitunter auf den Kopf gestellt erscheint. Und der Fetischismus ist keine Illusion, sondern wird zur Praxis, wenn die Subjekte fetischistisch handeln, d.h. sich allen Ernstes so verhalten, als ob Geld automatisch Zinsen aus sich heraus gebären würde. Und dieses Geburtsgeschehen kann ihm nicht ausgedet werden (es ist keine Illusion), weil es eine Kette von Praxisformen gibt, die nur vollzogen werden, solange die Subjekte an den Fetischismus, also die monetäre Gebärfähigkeit, glauben.

Was für einzelne Objekte gilt, das kann auch auf Gesellschaft und Ökonomie als Ganzes übertragen werden: Der Kapitalismus ist sakrosankt, weil kaum jemand sich mehr vorstellen kann und mag, dass die Welt sich auch anders drehen könnte. Es spielt sich alles so ab, als ob der Kapitalismus ein Naturereignis wäre.

Noch einmal: Die gespenstige Performativität gesellschaftlicher Verhältnisse ist keine Illusion, sondern notwendiger Bestandteil der Funktionsweise eines gesellschaftlichen Systems und die daraus resultierenden Praxisformen basieren auf einer Illusion und schaffen eine Wirklichkeit.

2.2. Mensch, Gesellschaft, Ökologie

Wenn gesellschaftliche Verhältnisse als Bestandteil von Naturverhältnissen begriffen werden und Kapitalismus dementsprechend als Bestandteil von Ökologie, dann heißt das: Die Natur bringt ihren eigenen Widerspruch hervor. Die Natur schafft durch die Praxis der von ihr im Laufe der Evolution hervorgebrachten menschlichen Subjekte ihre eigene Negation in Gestalt von Kultur! Das heißt, in der Natur ist eine Art entstanden, die ihre eigene Praxis als Negation der Natur, also als Kultur oder auch Zivilisation begreift. Das heißt, dass eine biologische Art entstanden ist, deren Selbstverständnis auf einer Verkennung ihrer Position im eigenen Ökosystem beruht: Das ökologische Verhalten des Homo sapiens war immer schon dort desaströs, wo er in großer Zahl auftrat. Die Entstehung von Konflikten mit den eigenen Lebensbedingungen ist wohl immer und bei allen Arten der Fall. Das

Neue am anthropogenen Klimawandel ist, dass Grenzen der Beeinflussung der menschlichen Umwelt sichtbar werden, deren Überschreitung dazu führen wird, dass diese Umwelt sich in einer Weise verändert, in der das Überleben <des Menschen> nicht mehr sichergestellt ist. Eine Überwindung dieser Krise ist aus heutiger Sicht nur möglich, wenn die Struktur der Gesellschaft grundlegend verändert wird, um dadurch ihre Interaktion mit den übrigen Ökosystemen zu verändern.

3. Wo steht die Physik?

Dass die Bedeutung eines Objekts Teil des Objekts ist, das impliziert auch der Zusammenhang zwischen Mensch und Natur, wie ihn Heisenberg sieht: *„Im Blickfeld dieser Wissenschaft steht vielmehr vor allem das Netz der Beziehungen zwischen Mensch und Natur, der Zusammenhänge, durch die wir als körperliche Lebewesen abhängige Teile der Natur sind und sie gleichzeitig als Menschen zum Gegenstand unseres Denkens und Handelns*

machen. Die Naturwissenschaft steht nicht mehr als Beschauer vor der Natur, sondern erkennt sich selbst als Teil dieses Wechselspiels zwischen Mensch und Natur. Die wissenschaftliche Methode des Aussonderns, Erklärens und Ordnen wird sich der Grenzen bewußt, die ihr dadurch gesetzt sind, daß der Zugriff der Methode ihren Gegenstand verändert und umgestaltet, daß sich die Methode also nicht mehr vom Gegenstand distanzieren kann.“ (Heisenberg, zit. in: Gregor Schiemann (1996): Was ist Natur?, S.253,254)

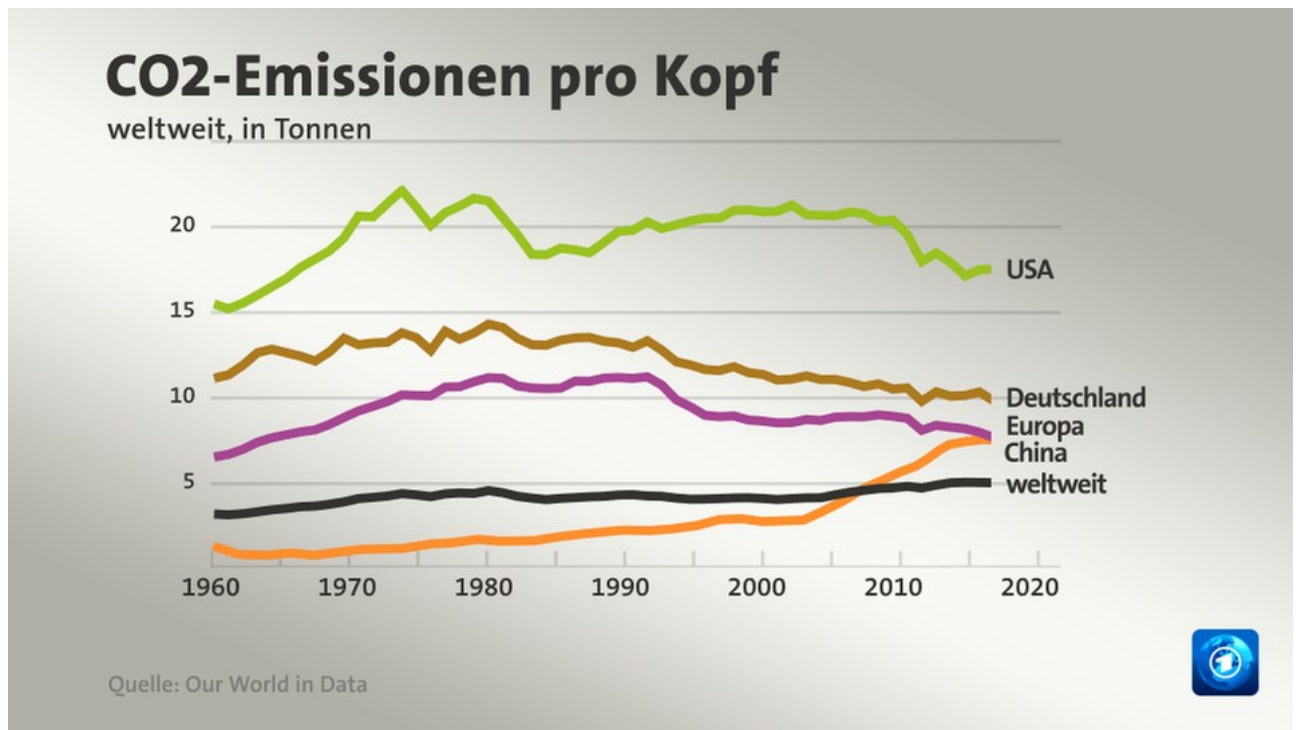
Der Zugriff der Methode auf den Gegenstand verändert diesen. Und zwar deshalb, weil dieser zwar scheinbar außerhalb und unabhängig vom Wahrnehmenden besteht, aber das Subjekt durch seine <Erkenntnisarbeit> am Objekt dieses verändert. Es entsteht ein Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt, ein gesellschaftliches Naturverhältnis, in dem keiner der Pole derselbe wie vor Etablierung dieses Verhältnisses ist.

Diese Erkenntnisarbeit ist aber auch dort am Werk, wo die Objekte vergesellschaftet werden und nicht durch die Werkzeuge einer <Methode> traktiert werden, sondern Funktionen im symbolischen Raum erfüllen und Handlungen von Subjekten anleiten oder Wiedererkennungseffekte anstoßen. Das heißt, dass die Objekte außer uns nicht eine feste Gestalt aufweisen, sondern sich verändern.

Fazit

Wir haben versucht zu zeigen, dass sich Natur eben nicht in der Welt außerhalb des Menschen und in der stofflichen Welt erschöpft, sondern die Gesellschaft selbst umfasst. Weil das, was wir als Kultur benennen ebenso wirklichkeitssetzend ist wie Natur: Kultur bewegt sich in einem dialektischen Verhältnis zur Natur.

I. Umriss der derzeitigen Situation



Nach Angaben des Statistischen Amtes der EU verursachte im Jahr 2021 jeder Deutsche im Schnitt 9,1 Tonnen CO₂-Äquivalente². Das liegt über dem EU-Durchschnitt (EU-27) von 7,8. Zum Vergleich: In Frankreich lagen die pro-Kopf-Emissionen bei 6,1 und in Italien bei 7,1 Tonnen. Weltweit sind seit den 1960er-Jahren die pro-Kopf-Emissionen angestiegen. Dem Rückgang in der EU stehen ein konstant hohes Niveau in den USA und ein starker Anstieg in China gegenüber.

Was wurde seit 1990 getan, um die globalen THG-Emissionen zu verringern und was wurde dafür getan, um die Emissionen der Hauptemittenten zu reduzieren? Schauen wir auf die Grafik oben: Auf den ersten Blick haben die Hauptemittenten die weltweit stärkste Drosselung der THG-Emissionen zu verzeichnen. Auf den zweiten Blick sieht es anders aus. Pro Einwohner ist in den meisten Staaten der OECD die CO₂-Emission tatsächlich abgesunken. Aber nicht weil sich der Gesamtverbrauch der Ökonomie und der Konsumenten verändert hätte. Auch nicht, weil in einigen wenigen Staaten Erneuerbare Energien dabei sind, die Führung in der Stromerzeugung zu übernehmen. In den meisten Fällen ist es zu massenhaften Auslagerungen emissionsintensiver Industrien in Staaten gekommen, die Investoren samt ihrem Kapital mit Steuerfreiheit,

² CO₂-Äquivalente sind eine Maßeinheit zur Vereinheitlichung diverser Klimagase, die alle einen unterschiedlich hohen Treibhausgaseffekt zur Folge haben. Die Maßeinheit des CO₂-Äquivalents bezieht alle verschiedenen Treibhausgaseffekte auf den Treibhausgaseffekt von Kohlendioxid.

laxen Umweltgesetzen und billiger Arbeitskraft anlocken (die Autoren statistischer Daten nennen sie <Entwicklungsländer> und <Schwellenländer>, andere sprechen vom <globalen Süden> oder – ohne den diplomatischen Euphemismus – von Billiglohnregionen). Ganze Industrien sind umgezogen und diese Umzüge hinterlassen in der Statistik ihre Spuren: Wo die emissionsintensiven Betriebe ausgelagert wurden, dort sanken die nach dem Territorialprinzip³ (auch <Produktionsprinzip> genannt) berechneten CO₂-Emissionen. Das **Territorialprinzip** ist die international anerkannte Berechnungsgrundlage der CO₂-Emissionen, weil es den globalen Machtverhältnissen entspricht.

Das Territorialprinzip mißt die Emissionen am Ort und an der Quelle ihrer Entstehung. Würden aber die Emissionen nach dem **Konsumprinzip** berechnet, d.h. nach dem, was in den OECD-Ländern tatsächlich an Energie (und damit CO₂) durch selbst produzierte und importierte Gütern konsumiert wird, sähe es für einige Staaten ganz anders aus:

- Jeder Einwohner Deutschlands hat 2011 nach dem Territorialprinzip der Messungen 13,20 t CO₂ emittiert. Nach dem Konsumprinzip 18,30 t
- Jeder Einwohner Österreichs hat 2011 nach dem Territorialprinzip der Messungen 12,80 t CO₂ emittiert. Nach dem Konsumprinzip 21,50 t.
- Jeder Schweizer hat nach dem Territorialprinzip 7,30 t CO₂ emittiert. Nach dem Konsumprinzip 18,30 t.⁴

³ Das Territorialprinzip ist die aktuell vorherrschende internationale Methode der Datenerstellung von THG-Emissionen. Emissionen werden dort gemessen, wo sie entstehen. Anders berechnen sich die Daten nach dem Konsumprinzip. Emissionen werden nach dem Ort des Konsums gemessen.

⁴ Steining et al., *Multiple carbon accounting to support just and effective climate policies*. In: [Nature Climate Change](#) (2015)

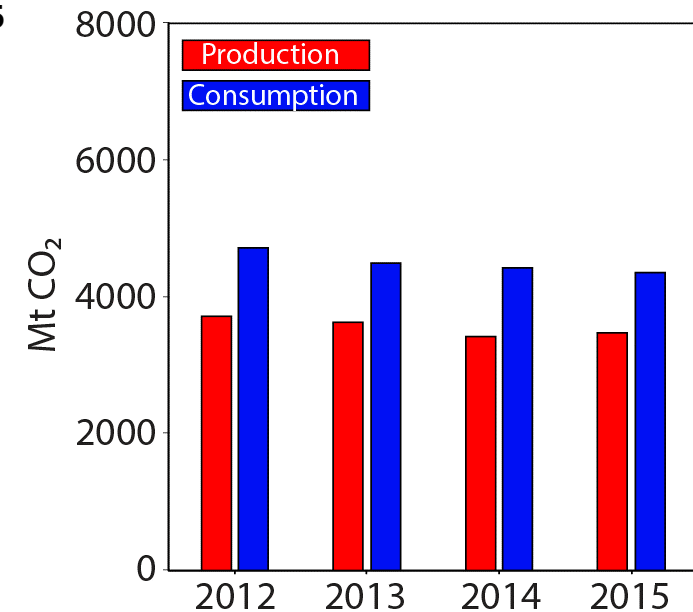
- Ein ebenso drastisches Beispiel ist Großbritannien, wo zwischen 1990 und 2012 die nach dem Territorialprinzip berechneten Emissionen um 25% sanken und die nach dem Konsumprinzip berechneten um 27% stiegen.

Produktions- und konsumbedingte CO₂-Emissionen in der EU-28 2012-2015

Trends der CO₂-Emissionen (Millionen t CO₂) aus Produktion (rote Balken) und Konsumtion (blaue Balken) für die EU-28 während der Periode 2012-2015.

Die Werte (Produktion/rot) für 2012: 3713 Millionen t
2015: 3470 Mill. t

Die Werte (Konsum/blau) für 2012: 4711 Millionen t
2015: 4341 Mill. t



Quelle:

Paola Fezzigna, Simone Borghesi and Dario Caro Revising: Emission Responsibilities through Consumption-Based Accounting: A European and Post-Brexit Perspective, in: Sustainability 2019, 11, 488, S.5

Wir können die Welt - grob gesprochen - in zwei Regionen aufteilen. Da sind einmal die CO₂-Konsumenten in den OECD-Staaten, in denen die CO₂-Emissionen aus der Produktion geringer ausfallen als die CO₂-Emissionen, die in Warenform verkörpert sind. Andererseits sind da die Produzenten von CO₂ (oder THG) aus den Schwellenländern und, in geringerem Ausmaß, aus dem Rest der Welt, wo die im Export verkörperten CO₂-Emissionen höher sind als die im Import und der Binnenproduktion verkörperten CO₂-Emissionen.

Nun haben sich die sogenannten Industrieländer dazu verpflichtet, ihre THG-Emissionen bis 2050 auf den Status der Klimaneutralität herunterzufahren. Dafür werden noch zwei Instrumente in Gang gesetzt: Der Handel mit a) Emissionszertifikaten und b) die CO₂-Steuer.

Vorab aber: Was bedeutet Klimaneutralität? Wenn alle bestehenden Emissionsquellen (Kraftwerke, Industrie, Verkehr, Haushalte, Landwirtschaft) die Menge ihrer THGs so weit wie möglich reduziert haben (durch steigende Effizienz von Geräten und Maschinen, durch Energieeinsparungen etc.), wird dennoch ein mehr oder weniger großer Teil übrig bleiben, der ohne Reduzierung des wirtschaftlichen Outputs eines Landes nicht verringert werden oder gar verschwinden kann. Es gilt also künstliche CO₂-Senken zu schaffen: Entweder wird CO₂ in unterirdische Kavernen verpresst (z.B. ausgebeutete Gas- und Öllagerstätten), das nennt sich dann CCS (Carbon Capture and Storage), BECCS (Bio-Energy with Carbon Capture and Storage) oder es werden gewaltige Aufforstungen in Gang gesetzt, die alsbald in Widerspruch zu wachsendem Bedarf an Agrarflächen stehen

werden. (Dyke, Watson, Knorr: Climate scientists: concept of net zero is a dangerous trap; in: THE CONVERSATION April 22, 2021).

Die drei genannten Autoren nennen das <Pfeifenträume>. Die Szenarien dürften allseits bekannt sein.

a) Emissionszertifikate

Emissionszertifikate leben von dem Glauben an die Ratio des Marktes, dass nämlich ihr Handel die bei den Klimakonferenzen vereinbarten Einspareffekte bei CO₂ dort bewirkt, wo die Emissionsreduzierung die geringsten Kosten verursacht. Der Clean Development Mechanism (CDM) kann hier als Glaubensmodell gelten: Er ermöglicht es Investoren aus OECD-Staaten in Staaten mit geringer THG-(Treibhausgas)-Emission Klimaschutzinvestitionen vorzunehmen und damit Emissionsgutschriften (also zusätzliche Emissionszertifikate) zu erhalten, weil es billiger ist dort zu investieren als im OECD-Land selbst. Wer Solarzellen in der Sahara aufstellt oder Bäume in der Sahelzone pflanzt, der darf dafür mehr CO₂ in der EU emittieren, weil dies <kostengünstiger> ist als zum Beispiel einen Kfz-Motor mit zusätzlicher Elektronik auszurüsten, der 1 l/100 km weniger verbraucht. Bedingung des CDM-Kontrollverfahrens ist, daß diese Aktion zusätzlichen Klimaschutz erbringt. Bereits 2007 konnten aber bereits 40% der Projekte diesen Nachweis nicht erbringen. Trotzdem blühte der Markt für CDM.⁵

Unabhängig von allen Konjunkturschwankungen gilt: Das Emissionshandelskonzept wimmelt von Ausnahmen für emissionsintensive Industriezweige (Zement, Aluminium etc.)⁶. Einige Industrien in der EU erhalten einen

5 Altwater/Brunnengräber (2008): Ablasshandel gegen Klimawandel, HH, S. 75

6 Ca. 45% der CO₂-Emissionen werden durch die Emissionszertifikate erfasst.

Großteil der Emissionszertifikate, die sie brauchen, umsonst. Denn müssten sie für die Zertifikate zahlen, wird befürchtet, dass sie ihre Produktion aus Kostengründen in Länder verlagern, in denen Emissionszertifikate billiger sind oder gar nicht anfallen und wo auf jeden Fall die Lohnkosten niedriger sind. In solchen Fällen wird von "Carbon leakage" (Kohlendioxidverschiebung)⁷ gesprochen. Solche Dreckschleudern vor Ort zu halten ist erklärtes Ziel der meisten Regierungen in den OECD-Staaten, die in panischer Angst vor der <Deindustrialisierung> leben.

Abgesehen von solchen Marktblüten haben die Emissionszertifikate gezeigt, dass ihre Preise bei abnehmender Nachfrage ins Bodenlose sinken. Die Krise 2009 ließ die CO₂-Emissionen sinken, weshalb sich zu viele Emissionszertifikate im Handel befanden. Das einzelne Zertifikat konnte also zum Spottpreis gekauft werden. In der Krise 2009ff war das Thema Ökologie kaum eine Debatte wert und der gesamte Emissionshandel lag am Boden.

b) CO₂-Steuer als Alternative?

Wird das bei CO₂-Abgaben plötzlich anders sein? Was soll eine CO₂-Abgabe neues bringen gegenüber Emissions-zertifikaten?

Auch hinter der CO₂-Abgabe steckt die Annahme, dass durch Bepreisung ein sparsamer Umgang mit Gütern erzwungen werden könnte. Die CO₂-Abgabe, so ihre Anhänger, habe gegenüber den Zertifikaten den

⁷ Zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Branchen, die unter das EU-EHS (Emissionshandelssystem der EU) fallen, erhalten Sektoren und Teilsektoren, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie einem **erheblichen Carbon-Leakage-Risiko** ausgesetzt sind, in Phase 3 des EU-EHS (2013-2020) gegenüber anderen Industrieanlagen einen **höheren Anteil kostenloser Zertifikate**.

immensen Vorteil, dass sie nicht in jeder Absatzkrise, in der der Verbrauch fossiler Energieträger abnimmt, versagen wird. Es gibt aber keine Garantie, dass nicht unter dem Druck von zyklischen Krisen Staatsapparate <ihre> Industrien zumindest zeitweilig von der Steuer befreien. Alle Erfahrungen mit vergangenen wirtschaftlichen Konjunkturen zeigen, dass in Perioden der Wachstums- und Kapitalverwertungskrisen Ökologie zum Nebenschauplatz wird oder aus der Problemwahrnehmung der zuständigen Staatsapparate ganz verschwindet.

Es sind die Bedingungen des globalen Kapitalismus (Konkurrenz, Diktat der Profitrate als dem Indikator für Standortattraktivität und Unternehmenswert), die jedem Staat diktieren, dass er diese Bepreisung möglichst niedrig zu halten hat⁸. Er kann sich ihr aber auch nicht entziehen, ohne als Paria auf dem internationalen Parkett zu stehen. Die CO₂-Abgabe hat dort, wo sie länger schon praktiziert wird, z.B. Schweden und Schweiz, wenig mehr bewirkt als Emissionszertifikate in anderen Staaten wie der BRD. Das zur Zeit gelobte Modell Schweden steht bei einer CO₂-Abgabe von fast 120 €/t in seiner Emissionsbilanz heute so gut da, weil es das seltene Privileg genießt, mehr als 40% seiner Elektrischen Energie aus Wasserkraft zu gewinnen⁹, dem

8 Die CO₂-Abgabe/-Steuer liegt in Frankreich bei 22 €/t, in GB bei 21 €/t, in Schweden bei 120 €/t, in Kanada liegt sie bei ca. 14 €/t. Das schwedische Beispiel scheint auf den ersten Blick das einer mutigen Avantgarde zu sein, ernüchtert aber auf den zweiten Blick: Die wesentlichen energieintensiven Industrien zahlen sehr viel weniger Emissionssteuer. So wenig, dass sie konkurrenzfähige Produkte auf den Markt werfen können und nicht abwandern. Hier passiert also genau dasselbe wie bei der Vergabe von Emissionszertifikaten (s.o.). Zum anderen beruht das schwedische Modell vor allem auf Verbrauchssteuern, die auf den privaten Konsum erhoben werden.(s.a. TAZ 30.04.19)

9 Schweden emittierte 2016 pro Kopf der Bevölkerung 3,83 t CO₂/Kopf der Bevölkerung. Frankreich emittiert – dank seiner Atomkraftwerke – nur 4,38 t/Kopf, Deutschland 8,88 t/Kopf und die Schweiz 4,53 t /Kopf. (s.a. Wikipedia: Liste der Länder nach CO₂-Emission)

Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie den Weg geebnet hat und somit zur Zeit ca. 40% <Grüne Energie> (so die Werbung) aus AKWs und 12% Windenergie gewinnt.¹⁰

In der Schweiz, dem zweiten <Modell>, betrug die CO₂-Abgabe vom 1. Januar 2014 bis am 31. Dezember 2015 60 Franken pro Tonne CO₂. 84 Franken waren es ab dem 1. Januar 2016 und seit dem 1. Januar 2018 sind es 96 Franken pro Tonne CO₂.¹¹ Eine recht beträchtliche Abgabe, die laut einhelligem Pressekommentar dazu geführt hat, dass es der Schweiz gelungen ist seit 1990 die THG-Emissionen um 14% zu senken, d.h. bis 2018 auf 5,3 t/Kopf (berechnet nach dem Territorialprinzip) zu reduzieren. Die Kehrseite dieses Erfolges ist eine THG-Emission nach dem Konsumprinzip berechnet von 12,19 t/Kopf.¹²

Wenn sich die gegenwärtige Debatte um CO₂-Abgabe vs. Emissionshandel dreht bzw. beide miteinander verquickt werden sollen, weil aufgefallen ist, dass Sektoren wie Wohnen und Verkehr in die Emissionsziele nicht oder zu wenig einbezogen sind, stellt sich automatisch die Frage, warum denn nun durch Ausweitung der Bepreisung auf weitere Sektoren ein anderes Resultat herauskommen soll als bisher? Hat die Ökosteuer 1999 eine nennenswerte Lenkungswirkung auf den Verbrauch fossiler Energien gehabt? Hatte der Emissionshandel diese Lenkungswirkung? Bereits die Ökosteuer wurde so konzipiert, dass ihre Einkünfte zur Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme verwendet wurden, weil das Kapital in der BRD angeblich unter den hohen Lohnnebenkosten litt, der Standort an Konkurrenzfähigkeit einbüßte und SPD und Die Grünen die BRD als Verwertungsstandort BRD attraktiver machen wollten (das waren auch die Gründe für die Einführung der Agenda 2010). Deklariert wurde das Ganze als Maßnahme zur Stabilisierung des Sozialstaates mit

10 Telepolis 18. April 2019

11 Bundesamt für Umwelt (Schweiz/10.11.17): Zu hohe CO₂-Emissionen aus Brennstoffen – Erhöhung der Abgabe im Jahr 2018

12 (https://www.unibe.ch/unibe/portal/content/e796/e800/e10902/e277579/e928408/files928462/up_179_s_21_umweltschaeden_ger.pdf)

ökologischen Kolateralgewinnen. Die Ökosteuer wird von den meisten Zeitgenossen heute als unwirksam eingeschätzt.

Es soll gar nicht bestritten werden, dass sich durch Bepreisung eine gewisse Lenkungswirkung beim Energieverbrauch erzielen lässt. Aber eine deutliche Verbrauchsminderung und ein Umlenken auf den Verbrauch anderer Stoffe (deren Konsum weniger CO₂-intensiv ist) findet bestenfalls bei einem sehr hohen Preis für die Emission statt. Jedenfalls kann er nicht bei jenen 30,00 €/t CO₂ stehen bleiben, die 2022 und 2023 galten. Und dann bedarf es eines hohen Preises **in jedem Sektor**, d.h. in der Industrieproduktion, beim Verkehr, beim Wohnen etc. Und nicht nur in der Energieerzeugung. Und nicht unter Ausklammerung der sogenannten Emissionsschleudern (Nickel- und Aluindustrie, Zementproduktion etc.). Die Ausklammerung letzterer findet aber im Falle Schwedens und anderer Staaten statt. Nun mag das in den Augen der jeweiligen Regierungen sinnvoll sein, weil der Emittent sonst in Staaten ohne CO₂-Abgabe abwandert und der Effekt der Emissionsreduzierung dann auf Null sinkt. Ärgerlich ist häufig in Darstellungen zur Leistungsfähigkeit der CO₂-Abgaben allerdings, dass solche Aspekte unter den Tisch gekehrt werden, um der Maßnahme (Emissionszertifikat oder CO₂-Abgabe) selbst nicht den Glanz zu rauben.

Die Höhe der CO₂-Abgabe wird unter marginalistischen Ökonomen (Grenznutzentheorie) mit dem Begriff der <Discount Rate> debattiert. <Discounting> beschreibt die Bedeutung der Zukunft für die aktuellen Investitionsentscheidungen bzw. wie hoch der Wert der Zukunft den heute Lebenden erscheint und wie hoch das zukünftige Wachstum von den heute Lebenden erhofft wird. *"If we assume a high rate of economic growth into the indefinite future, we are more likely to avoid investing in addressing problems now, because we assume that*

future generations will be wealthier than we are..."¹³ Das allbekannte derzeitige Starren auf den bald kommenden großen Aufschwung dank der Digitalisierung kann nur dazu beitragen "...to avoid investing in addressing problems now, because we assume that future generations will be wealthier than we are...". Solche Modelle können zu Recht als spekulativ denunziert werden, denn je nach moralischen Ansprüchen der politisch Verantwortlichen bewegen sich die präferierten Abgaben pro t CO₂ zwischen 10 US\$ (in Erwartung des künftigen Wachstums) und 1000 US\$ (in Erwartung des baldigen wirtschaftlichen Niedergangs infolge galoppierender Umweltprobleme)¹⁴.

Wir nennen diese Zahlenspiele spekulativ, weil sie in die Kategorie der moralischen Prioritäten entlang einer Nutzenskala eingeordnet werden, anstatt ihre relative Höhe entlang der ökonomischen und staatlichen Kräfteverhältnisse auf globaler Ebene zu bestimmen. Die Höhe mag je nach Staat, der die CO₂-Abgabe einführt, unterschiedlich sein. Ihre Grenze wird immer durch den Stellenwert der Ökonomie des betreffenden Staates in der globalen Kapitalakkumulation fixiert sein. Sie wird genau so hoch sein wie es die jeweilig staatlich umfasste Ökonomie verkraften kann ohne in der Hierarchie der Rankingliste der attraktivsten Kapitalverwertungsstandorte auch nur ein Nümmerchen weiter nach hinten zu rutschen. Weder Deutschland noch Frankreich oder jeder andere Staat werden eine CO₂-Abgabe ins Leben rufen, die die Bedingungen der Kapitalverwertung im Lande gegenüber den Konkurrenten verschlechtern könnte!

13 J.B. Foster; B. Clark; R. York (2010): *The Ecological Rift – Capitalism's war on earth*, New York, S. 95,96 [dt.: Wenn wir eine hohe ökonomische Wachstumsrate in unbestimmter Zukunft annehmen sind wir eher geneigt Investitionen in anstehende Probleme zu vermeiden, weil wir annehmen, dass zukünftige Generationen reicher sind als wir...]

14 Hepburn (2017): *Make carbon pricing a priority*; *Nature Climate Change* volume 7, pages 389–390

Die bisherigen Bepreisungsaktionen, seien sie in Form von Emissionszertifikaten oder einer CO₂-Steuer in Gang gesetzt worden, haben offensichtlich eine bei weitem zu geringe Wirkung. So gering, dass heute das Lamento losbricht, das gegenwärtige CO₂-Reduktionstempo werde den gravierenden Klimawandel nicht vermeiden können. Die allermeisten Kommentatoren dieser Geschichte bemängeln fehlenden Willen, beschwören das Innovationspotential, das intensiver Druck zum Energiesparen durch <neue Technologien> freisetzen würde etc. p.p. Und das soll alles – so die frohe Botschaft – die CO₂-Steuer leisten. Das Ganze klingt irgendwie nach dem berühmten <Pfeifen im dunklen Wald>. Denn sowohl Europas CO₂-Emissionen als auch die der USA sinken, aber sie sinken zu langsam und diesen sinkenden Emissionen stehen steigende Emissionen im Rest der Welt gegenüber. Und die Berechnungsmethode – das ist das Territorialprinzip (s.u.) - verdeckt eher die Probleme der Emissionsentstehung als sie offen zu legen. Denn die Messung der Territorialemissionen ähnelt doch allzu sehr der Politik der hohen Schornsteine, wie wir sie aus der Periode des Sauren Regens der 70er und 80er Jahre kennen. Damals wurden bei den Erzeugern schwefelhaltiger Emissionen die Schornsteine verlängert, um eine bessere Verteilung des Schwefeldioxids zu gewährleisten. Nach dem Motto: Geteiltes Leid ist halbes Leid!

II. Konkretisierung von Klimagerechtigkeit

Die Diskussion um den Themenbereich Ökologie ist breiter angelegt und etwas älter als die um den Klimawandel. Jüngeren Datums sind die Vervielfachung bedrohlicher Ereignisse, die mit dem Klimawandel

zusammenhängen (Dürreperioden, steigender Meeresspiegel, Korallensterben, das Auftauen der Permafrostböden, der Schwund des arktischen Eises, die Verlangsamung des Golfstroms) und die Multiplikation des Wissens über diese Ursachen dieser Ereignisse. Offensichtlich ist es ihre Verzahnung, die der Öffentlichkeit <auf den Pelz rückt>. Es ist augenscheinlich gelungen, den Begriff des Klimawandels aus seinem Nischendasein zu befreien. Die gewaltigen Erkenntniserfolge der vergangenen 50 Jahre gehen auf das Konto interdisziplinärer Forschungen im Bereich der Naturwissenschaften und der Anstöße, die sie von Aktivisten der Ökologiebewegung erhalten haben. Die Verquickung der vor unseren Augen stattfindenden ökologischen Prozesse mit den Fragen politischer Macht und den dauerhaften Strukturen der Gesellschaften fristet als Thema hingegen ein merkwürdig anmutendes Kümmerdasein. Bis heute dominiert auch in vielen NGOs die naive Perspektive, dass angesichts der wissenschaftlichen Expertise die Lösung der Probleme der Reproduktion menschlicher Gesellschaften in Abhängigkeit von ihren Ökosystemen im wesentlichen eine Frage des <politischen Willens> sei, der sich nicht bereit zeige, den Erkenntnissen der Wissenschaft Folge zu leisten.

Immer noch meint die Mehrheit der Experten, dass eine gemeinsame Menschheitsanstrengung den Planeten retten solle und sich die gesellschaftlichen Konflikte um soziale Fragen erst einmal hinten anstellen müssten. Nichts manifestiert diese Haltung so treffend wie das <Wir>, wenn es um Adressaten für Politik oder um Verantwortliche für den ökologischen Notstand geht. Die Debatte um die Frage, inwiefern die bestehenden Staatsapparate, die ökonomischen Systeme, das internationale System der Nationalstaaten und die Formen der Subjektivierung von Staatsbürgern geeignet sind, die <Probleme des Homo sapiens in seinem Ökosystem> lösen zu können, bleibt unterbelichtet. Die Frage, ob eine Politik der ökologischen Reparatur überhaupt ohne

heftige soziale Konflikte und ohne eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen möglich ist, bleibt ausgeblendet.

Mit der Wahl der Grünen in die derzeitige Bundesregierung und dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurde die Frage der Energieversorgung des Landes auf ganz andere Weise auf die politische Tagesordnung gesetzt als dies bislang beabsichtigt war. Die bisherigen Projekte kreisten alle um die Frage, ob Deutschland für seine wirtschaftliche Basis auf eigenem Territorium genug Erneuerbare Energien herstellen kann. Die projektierte Unabhängigkeit von russischem Gas hat gemeinsam mit den Anstrengungen der fossilen Energiekonzerne, bei der Energiewende mitzumischen, dazu geführt, dass die Quellen zukünftiger Energieversorgung woanders gesucht werden müssen und die Energiewende zu beschleunigen ist. Das hat nun wirklich zu einer Beschleunigung der Projekte der Energiewende geführt. Allerdings zu einer Beschleunigung, die ein anderes Aussehen erhält als sich die meisten Zeitgenossen bisher vorgestellt haben. Immer schon war klar, dass das gegenwärtige Modell der imperialen Lebensweise in keinem Staat Europas ohne massive Energieimporte möglich sein wird. Bislang galten die darum kreisenden Fragen aber als Zukunftsmusik. Das Projekt Desertec, mit dem Solarstrom von Nordafrika nach Europa geleitet werden sollte, hat sich 2014 verabschiedet. (s.a FAZ 14.10.2014: Der Traum vom Wüstenstrom ist gescheitert). Und seitdem sind keine neuen Großprojekte mehr in Angriff genommen worden.

Durch den Beschluss, die Energieimport aus Russland quasi über Nacht zu kappen, sind die Versorgung mit Energie aus dem Globalen Süden und eine Renaissance der Fossilen Energien plötzlich wieder auf der politischen Tagesordnung gelandet. Stichwortartig stehen für diesen Trend die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung ebenso wie der massive Import von (schmutzigem) Fracking-Gas und der Bau von LNG-Terminals an der deutschen Küste. Wir haben es hier mit geplanten Kapitalexporten erheblicher

Größenordnung in Staaten des globalen Südens zu tun, wo – ganz ähnlich wie beim gescheiterten Projekt Desertec – Rohstoffe und Energie für die Energiewende in Europa produziert werden sollen. Ein Grund für das Scheitern von Desertec war die Frustration nordafrikanischer Staaten über neokoloniale Praktiken europäischer Konzerne und Regierungen. Staaten mit notorischer Energiearmut, wo regelmäßig der Strom ausfällt, sollten plötzlich Energiexporteure werden, um die Energiewende in Europa voranzubringen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat alles verändert. Deutsche und europäische Regierungsemissäre und Manager großer Energiekonzerne wollen Afrika's Sonnenenergie nutzen und versprechen, dass sie diesmal alles anders und vor allem besser machen wollen. Beschworen werden Verhandlungen auf Augenhöhe (Habeck) und ein Energiegeschäft zu beiderseitigem Vorteil.

Es gibt neue Formen der Polarisierung auf nationaler wie auf europäischer und globaler Ebene. Der Klimawandel, Flüchtlingströme aus dem globalen Süden und die zunehmend prekärer werdende ökologische Situation des Menschen haben im Verein mit der Finanzkrise 2009/10 eine neue globale Rechte aus dem Schatten von Neoliberalismus und Konservatismus heraustreten lassen, die mit einem Programm nationalistischer Rhetorik zur Speerspitze der Verteidigung der reaktionärsten Bestandteile des Systems geworden sind: Rassistische Hierarchien, Bestätigung natürlicher sozialer Herrschaftsansprüche unter Einschluß der dazu gehörenden meritokratischen sozialen Privilegien, Leugnung, Naturalisierung oder Banalisierung des gesellschaftlich verursachten Klimawandels und Ignorierung selbst der evidentesten Widersprüche zwischen dem Zwang zur Kapitalverwertung und dem Schutz der ökologischen Umwelt menschlicher Gesellschaften.

Ebenso gibt es neue Formen der Globalen Linken, die nach dem Ende des Realsozialismus aus dem Schatten von sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiterbewegung herausgetreten sind und die Vielfältigkeit

der Widersprüche des Kapitalismus bereit sind zu registrieren: Rassismus, Geschlechterdiskriminierung, Klassenherrschaft und ökologische Krise sind zu eigenständigen Widersprüchen geworden, die zwar durch den Klassenkampf in sich gespalten sind, aber ihre Existenz relativ unabhängig von ihm führen und dementsprechend mit eigenen Mitteln zu lösen sind.

Die Ursache der Klimakatastrophe ist der globale Kapitalismus. Mit diesem Begriff hat die gesellschaftliche Linke eine starke argumentative Basis, um den notorischen Wachstumszwang und die Nachrangigkeit der Lebensbedingungen der meisten Menschen in der hierarchischen Welt erklären zu können.

Zur Zeit verbindet der globale Kapitalismus scheinbar disparate Formen sozialer Verwerfung und Erosion der natürlichen Umwelt zu einer Einheit: Imperialismus und Imperiale Lebensweise, ökonomische Ausbeutung, wachsende soziale Ungleichheit, Segregation <überflüssiger Menschen> und maximales Wirtschaftswachstum. Seit ein paar Jahren, vor allem im Gefolge der Krise 2009/10, werden wir Zeuge einer zunehmenden Verschiebung des politischen Spektrums nach rechts, wo in trauter Runde Neofaschisten, Militaristen, Klerikale und Rassisten (Orban, Erdogan, Meloni und Kaczynski sind nur die Spitzen) darum buhlen, endlich in die Welt der <Hochseriösen> Einlass zu finden. Die harte Rechte ist die Speerspitze eines Rollback nicht nur in der Umweltpolitik.

a) Imperiale Lebensweise

*Der Begriff der **Imperiale Lebensweise** scheint uns die gegenwärtige Weltlage am besten zu beschreiben. Er nimmt nicht nur – wie der alte Imperialismusbegriff – die Ketten der globalen Warenproduktion und das fieberhaft den Globus nach Verwertungsmöglichkeiten absuchende Finanzkapital in den Blick, sondern auch*

die reproduktive Seite dieses Prozesses: Die Verteilung der globalen Einkommen und die Formen des Konsums, der Reproduktion der Arbeitskraft. Die Imperiale Lebensweise umfasst die ökonomische und politische Beherrschung peripherer Staaten durch die zentralen Staaten des kapitalistischen Weltsystems mittels Zugriff auf die Arbeitskräfte, die natürlichen Ressourcen und die ökologischen Senken der Peripherie. Umgekehrt fließende Stoffströme aus Abfällen aller Art charakterisieren die schmutzigsten Aspekte globaler Herrschaft der imperialen Lebensweise: Elektronikmüll aus den Staaten der OECD wird nach Afrika und Asien verschifft, Plastikmüll nach Südostasien (China hat vor 2 Jahren die Abnahme gekündigt) und die Verklappung radioaktiver Abfälle vor der somalischen Küste sind hier Beispiele für die stofflichen Recycling- und Entsorgungsprozesse, die von den Akteuren Imperialer Lebensweise als Warenproduktion betrachtet wird, die buchstäblich von <Menschenmüll> im globalen Süden zu erledigen ist.

Ökonomische Unterwerfung bedeutet die weltmarktvermittelte Abhängigkeit von Hochtechnologie, Nahrungsmitteln und Investitionen der Peripherie vom Zentrum. Diese Unterwerfung ermöglicht den billigen Import von Ressourcen und Konsumgütern aus der Peripherie (den sogenannten Billigimport) ebenso wie die Verwertung miserabel entlohnter Arbeitskraft¹⁵, was es im Zentrum möglich macht, den Wert der Arbeitskraft (die Durchschnittslöhne) niedrig zu halten und die lohnarbeitende Bevölkerung mit Konsumgütern zu versorgen, die ohne diese streng hierarchische globale Arbeitsteilung ihr nicht zugänglich wären. Die infolgedessen auseinanderklaffende Reichtumsschere zwischen Zentrum und Peripherie ist ein nicht zu unterschätzender Motor des stofflichen Wachstums, was logischerweise einhergeht mit wachsenden THG-Emissionen und wachsendem Rohstoffverbrauch.

15 Die ökonomische Literatur der Freunde des Kapitalismus hat dafür den euphemistischen Begriff der <Lohnveredelung> parat.

Dieses Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis reproduziert sich strukturell auf der Basis von Ungleichheit, Macht und Herrschaft und setzt sich nicht selten auch mit direkter Gewalt durch: Sowohl im Innern der Nationalstaaten (die repressiven Regime, die diese Weltmarktstruktur stützen) als auch nach außen (die zahllosen Kriege). Zwar erweist sich die Imperiale Lebensweise als wichtiger Faktor der Klimakrise, stellt aber gleichzeitig auch ein attraktives (Konsum-)Versprechen an die Bevölkerung des globalen Nordens und die herrschenden Klassen des globalen Südens dar und wirkt herrschaftsstabilisierend, wenn die Legitimität von Herrschaft eng mit der Möglichkeit von Konsum verbunden wird. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, dass die Klimakrise nicht dazu genutzt wird, die vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen und Konsumgewohnheiten in Frage zu stellen, sondern technische Lösungen als Allheilmittel angeboten werden, um der kapitalistischen Wirtschaft neues Wachstum zu ermöglichen und die alten Produktions- und Konsumstrukturen und damit verbundene Eigentumsverteilung nicht in Frage stellen zu müssen.

Der Klimawandel steht in direktem Zusammenhang mit den brennenden sozialen und ökonomischen Problemen, die oben thematisiert wurden. Gerade die globale Teilung in Arm und Reich bleibt unverständlich, wenn nicht die zahlreichen Übergänge analysiert werden, die in den vergangenen 70 Jahren, seit dem Hauptschub der Dekolonialisierung, die abgetreppte internationale Hierarchie in eine fließende überführt haben. Der Aufstieg der VR China und die Entstehung zahlreicher Schwellenstaaten (Brasilien und Südafrika) haben zu zwei Effekten geführt: a) Es hat sich durch die rasante Industrialisierung Chinas und eines Teils der Schwellenländer mit <alten Industrien> (die traditionelle Montanindustrie) die globale THG-Emission trotz omnipräsenter Effektivierungen und Energiesparmaßnahmen weiter fortgesetzt und wird sich auch weiter fortsetzen und b) haben sich dadurch neue Technologien wie die, die unter dem weiten Begriffspool der <Digitalisierung> zusammengefasst sind, zu Massenwaren entwickeln lassen, die sowohl (unter grünen

Optimisten) neue Hoffnungen auf Klimagerechtigkeit hervorrufen als auch die Drohung beschleunigter Rohstoffplünderungen und THG-Emissionen am Horizont auftauchen lassen. Einerlei, ob die globale Hierarchie eher einer Treppe oder einer Rutsche ähnelt, Imperialismus hat immer etwas mit Billigproduktion, Landgrabbing, Rohstoffkriegen, <humanistischen Interventionen> und erschütternden ökologischen und sozialen Zerstörungen zu tun: Irak, Afghanistan, Libyen usw. Imperialismus hat etwas damit zu tun, dass Multinationale Konzerne aus den Kernstaaten des Imperialismus einheimische Lebensmittelproduktion von Kleinbauern verdrängen, um den Markt zu bereinigen, er hat viel damit zu tun, periphere Staaten im globalen Süden daran zu hindern, eine eigene Weiterverarbeitung ihrer Rohstoffe in Angriff zu nehmen, um aus dem dem Zirkel von Abhängigkeit, Billigproduktion, Landnahme und Verdrängung einheimischer Lebensmittelproduktion vom Markt zu ausbrechen zu können.

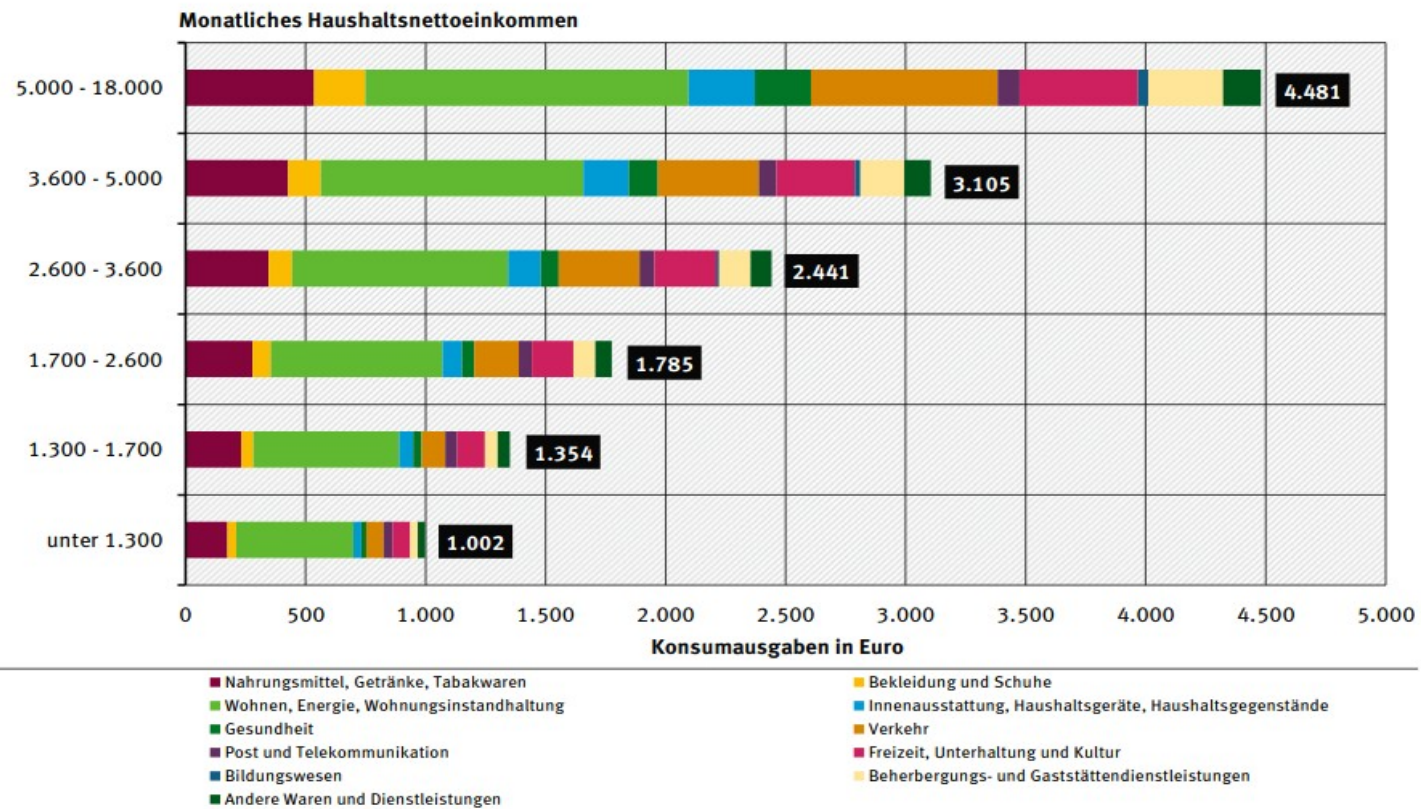
Die aktuellen Vorstellungen von den neuen digitalen Technologien als Rettungsanker in der Klimakrise können in Gestalt des <Green New Deal> illustriert werden. Dieser beruht auf der Annahme, dass der Nationalstaat einen Verbund von ökologischer und Sozialpolitik zu initiieren imstande sei. Der Begriff ist nicht neu, hat aber durch die am Anfang des Jahrtausends aufkeimende Debatte in den Neuen sozialen Bewegungen um eine Große Transformation (Great Transformation) vor allem in den USA zu der Einsicht geführt, dass eine wirksame und ausgreifende Umwelt- und Klimapolitik ohne Bündnis von Gewerkschaften mit der Umwelt- und Klimabewegung nicht möglich werden wird. Das unterscheidet die US-Debatte, so beschränkt sie immer auch sein mag, wohltuend von deutschen Pendanten in den Grünen, die eher die Perspektive eines Bündnisses zwischen Umweltbewegung und <innovativer Unternehmerschaft> sehen. Um es mal personell zuzuspitzen: In den USA steht dafür Bernie Sanders, in der BRD Winfried Kretschmann.

Der Begriff des <Green New Deal> steht auch für die Hoffnungen auf einen gewaltigen Effektivierungsschub im Betrieb der Dinge des Alltags (von Haushaltsgeräten bis zum E-Auto) und der bestehenden Infrastruktur (vom Verkehr bis zur Energieversorgung), um durch diesen Effektivierungsschub zu Energieeinsparungen zu kommen, die – in den Augen ihrer Anhänger - zumindest eine vorläufige Weiterführung der gewohnten Produktions- und Konsumnormen erlauben könnten. Wir sehen auch hier, dass die Technik als Rettungsanker aufgefahren wird, um dadurch anderen einschneidenden politischen Schritten aus dem Weg gehen zu können. Das wiederum führt natürlich zu der brennenden Frage, ob eine Verbindung ökologischer und sozialer Bewegungen (von der <Green New Deal>-Bewegung bis zur Radikalen Linken) auf der Tagesordnung steht, oder warum die Klimabewegung am Antikapitalismus nicht vorbeikommen wird.

b) Soziale Konflikte

Was hat der Klimawandel mit sozialen Konflikten zu tun? Klimagerechtigkeit ist eine Klassenfrage: CO₂-Emissionen privater Haushalte entstehen je nach Haushaltseinkommen in gravierender Form vor allem im Sektor Wohnen und Verkehr. Beim Wohnen durch die einkommensspezifische Wohnfläche, beim Verkehr durch die Wahl des Verkehrsmittels und die Größe bzw. den Verbrauch des Kfz. Wenn wir die Konsumausgaben nach dem Kriterium der Energieintensität betrachten, dann sind vor allem die Bereiche Wohnen, Energie und Verkehr die Schlüsselkategorien:

Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2017

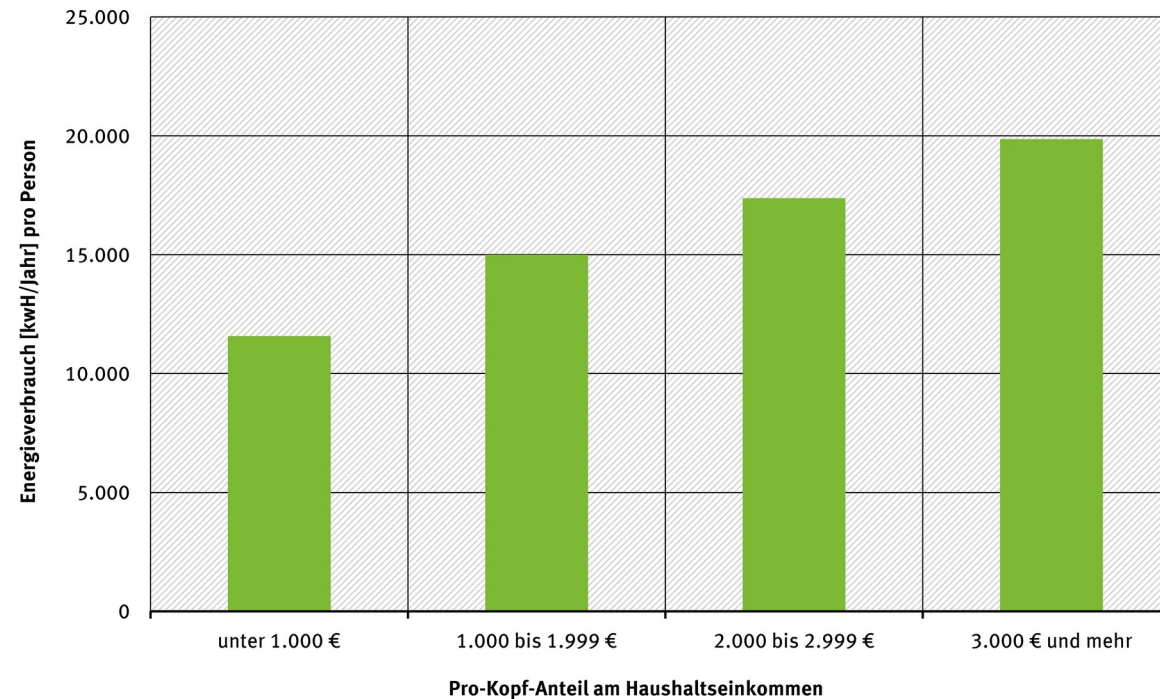


Quelle: Statistisches Bundesamt 2018, Fachserie 15 Reihe 1, Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushaltergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnung

- Haushalte mit <1300 €/Monat geben 490 €/Monat für Wohnen und Energie aus. Haushalte mit >5000 €/M geben hingegen 1350 €/M dafür aus.
- Haushalte mit <1300 €/M geben 94 €/M für Mobilität aus. Haushalte mit >5000 €/M geben hingegen 760 €/M dafür aus.
- Haushalte mit 1300 €/M geben 38 €/M für Haushaltsgeräte aus, Haushalte mit einem Einkommen >5000 €/M geben dafür hingegen 260 €/M aus.

Gesamtenergieverbrauch pro Kopf nach Einkommen

"Wer mehr verdient, lebt meist umweltschädlicher"



Das Umweltbundesamt : „Vor allem Fernflüge, das Auto, der Dämmstandard der Wohnung und deren Größe und der Konsum von Fleisch entscheiden darüber, ob jemand über oder unter dem CO₂-Durchschnittsverbrauch liegt. Daher haben Menschen mit hohem Umweltbewusstsein laut Studie nicht zwangsläufig eine gute persönliche Ökobilanz. Menschen aus einfacheren Milieus, die sich selbst am wenigsten sparsam beim Ressourcenschutz einschätzen und die ein eher geringeres Umweltbewusstsein haben, belasten die Umwelt hingegen am wenigsten.“(Quelle: UBA - Einkommen, Konsum, Energienutzung, Emissionen privater Haushalte)

Die Ergebnisse detaillierterer Milieustudien zeigen ganz nüchtern, wo das Problem liegt:

Aus den Graphiken lässt sich der Schluss ziehen, dass Appelle ans Bewusstsein ökologischer Zusammenhänge nicht viel fruchten, weil Einkommen, die die unmittelbaren Notwendigkeiten von Nahrung, Wohnen, Kultur und Mobilität überschreiten, immer auch zu milieubedingtem Statuskonsum führen werden. Wohnen ist nicht einfach Schutz vor Wetter und Rückzug in eine Privatsphäre. Dasselbe gilt auch für Mobilität und Kultur. Es gilt selbst für Nahrung und Hygiene.

Wir haben uns hier darauf beschränkt zu zeigen, dass der ökologische Fußabdruck innerhalb Deutschlands sehr unterschiedlich ausfällt. Auch hier gilt: Die ökologische Frage ist eine Klassenfrage. Das gilt natürlich ebenso im globalen Maßstab. Die Koordinaten sind bekannt: Überall trifft die Erosion der Lebensbedingungen vor allem die Beherrschten.

c) Was hat die <Imperiale Lebensweise> mit sozialen Konflikten zu tun?

Unser Begriff von **Klimagerechtigkeit** muss sich an der Gleichheit aller Menschen unabhängig von Herkunft und Geschlecht orientieren. Basis dieser These ist die Einschätzung der globalen Atmosphäre als Allgemeingut, dessen Nutzung impliziert, dass alle Menschen das gleiche Recht besitzen, die Atmosphäre als Deponie für Treibhausgase zu nutzen. Diese abstrakte Definition wird konkret, wenn sie mit Strukturen verknüpft wird, die innerhalb der Gesellschaften die Bedingungen für unterschiedliche Nutzung der Atmosphäre wie für unterschiedliche Betroffenheit vom Klimawandel bilden. Das heißt, dass eine Verbindung der Klimagerechtigkeit mit politischen und sozialen Menschenrechten besteht! Klimagerechtigkeit misst sich an konkreten Benachteiligungen, die sozial Unterprivilegierte überall als die ersten oder die einzigen treffen, die die Folgen eines Klimawandels in Gestalt von Wirtschafts- und Sozialpolitik ebenso wie von erodierender Lebensqualität zu tragen haben. Über die globale Klimaungerechtigkeit wollen wir uns hier gar nicht weiter auslassen. Die Ursachen sind ebenso wie die Folgen bekannt. Und was passiert hier, im Zentrum des Imperialismus und der Imperialen Lebensweise? Eines der schlagendsten Beispiele war die sogenannte Energiewende der von SPD und Grünen besetzten Bundesregierung. Die Förderung der Erneuerbaren Energien mag zwar von allen bezahlt worden sein, richtig wehgetan hat sie aber denen, die wenig verdienen. 2014 wurde 352 000 Haushalten in der BRD zeitweilig der Strom abgesperrt. Der Strompreis hat sich zwischen 2000 und 2015 verdoppelt, der Gaspreis ist um 80% gestiegen und die deutschen Strompreise liegen durchschnittlich 50% über den europäischen. (Christoph Strünck: Energiearmut bekämpfen; Friedrich-Ebert-

Stiftung 2017). Dass die Bundesregierung wenig dazu zu sagen hatte, mag niemanden erstaunen. Aus der Ökologiebewegung kam allerdings auch nicht viel. Thematisiert wurde das Problem nur von den Sozialverbänden, der Radikalen Linken, einigen Branchengewerkschaften und der Linkspartei.

Es ist wohl nicht vermessen zu behaupten, dass die allseits hochgeschätzten Erfolge der Energiewende mit der Diskreditierung der ökologischen Problembündel in den ärmeren Teilen der Bevölkerung einherging. Die Agenda 2010 führte einen Niedriglohnsektor ein und gerade die Teilnehmer an diesem Niedriglohnsektor wurden zur Kasse gebeten, als es darum ging, die Energiewende zu bezahlen. In Ost- noch mehr als in Westdeutschland ließen die exorbitanten Steigerungen der Energiepreise immer mehr Menschen quasi über Nacht in die Energiearmut rutschen. Die Grünen gehörten hier zum Täterkreis, die außerparlamentarische Bewegung hat kaum auf diese Notlagen reagiert. Bei Arbeitern und kleinen Angestellten, die schlecht bezahlt und sozial eher verachtet werden, hat sich ein Frustpotential aufgestaut, das mit Sicherheit für nicht wenige von ihnen die Hinwendung zur harten Rechten begründet, wo der Nationalstaat noch eine zentrale Rolle spielt (Deutschland zuerst und wer sich verachtet fühlt, der wird zumindest von der Rechten als <Deutscher> hofiert) und völkische Begriffe wieder gern gehört und gesprochen werden, wo erzählt wird, dass mit der ökologischen Transformation den kleinen Leuten das Geld aus der Tasche gezogen und das Land mitsamt seinem Wohlstand in den Abgrund rutschen wird (um hier nur ein paar Bonmots aus der rechten und rechtsliberalen Presse von Bild bis Welt anzuführen). Die obengenannten Tabellen und Grafiken zeigen deutlich, dass Klimagerechtigkeit keineswegs nur eine Frage der Solidarität mit den beherrschten Klassen des globalen Südens ist, sondern auch die sozialen Hierarchien hier zu berücksichtigen hat. Dabei möchten wir noch zu bedenken geben, dass der Begriff der <Imperialen Lebensweise> nicht deckungsgleich mit dem deskriptiven Begriff der Teilung der Welt in einen globalen Süden und einen globalen Norden ist. Selbst

in den ärmsten Ländern (Kampuchea, Mauretanien, Myanmar etc.) gibt es herrschende Klassen, die einen Imperialen Lebensstil pflegen und dementsprechende Emissionsmuster zeigen.

d) Kapitalismus und Wachstum gehören zusammen!

<Fridays for Future> (FfF) mobilisiert heute und morgen deutlich und dauernd gegen Klimawandel und für Einhaltung der Pariser Verträge. Das ist erfreulich und deutet darauf hin, dass viele junge Menschen sich bewußt sind, dass mit der derzeitigen Klimapolitik ihre Zukunft ignoriert wird. Aber der Klimastreik um 12:00 Uhr am Freitag wird außer ein paar bildungsbesorgten Eltern niemandem wehtun. Sorgen macht sich eher der Verfassungsschutz, weil er befürchtet, dass solche Bewegungen durch ihr Frustpotential in eine radikale Klimamilitanz driften, wie sie z.Zt. sich in <Sand im Getriebe>, der <Letzten Generation> oder in <Ende Gelände> manifestiert.

Wechseln wir die Ebenen: Wenn Automobilarbeiter streiken, weil sie es für ihre Welt und die Welt ihres Nachwuchses gedeihlicher finden werden, Gebrauchswerte statt Autos zu bauen, dann wird eine Verkehrswende in Reichweite sein. Von diesem Niveau sind wir aber noch sehr weit entfernt. Ohne einen solchen Druck werden wir bestenfalls eine Verkehrswende mit Elektroauto erhalten, die nichts ändern wird. Das soll nur als ein Beispiel für die zentrale Bedeutung des Klassenkampfes gelten. Wenn wir davon sprechen, gehen wir davon aus, dass gesellschaftliche Entwicklungen durch Konflikte vorangetrieben werden. Es gibt für historische Prozesse weder ein Subjekt noch eine Teleologie (mit einem Sinn oder Zweck von Geschichte). Die Arbeiterbewegung hat lange genug die Romantik der Subalternen gepflegt, mit <Historischer Mission der Arbeiterklasse> oder einer <Gesetzmäßigkeit der Geschichte>. Kapitalistische Gesellschaften sind

Klassengesellschaften und Klassen gibt es nur durch den Klassenkampf, weil sich Gruppen von Subjekten unter einem mehr oder weniger festgefügtten hegemonialen Dach nur in und durch Konflikte mit ihrer Umwelt herausbilden. Der Klassenkonflikt ist keineswegs der einzige Konflikt im Kapitalismus, aber ohne ihn wird sich kein anderer lösen lassen, weil der Klassenkonflikt alle anderen Konflikte wie ein roter Faden durchzieht. Die arbeitende Klasse ist definiert durch ihre zentrale Rolle in der materiellen Produktion und Reproduktion. Das ist keineswegs nur der Proletarier. Unzählige Kämpfe in den Staaten des Globalen Südens zeigen, dass das auch die Bauern (was uns die Revolution in China vorgeführt hat) zu sozialrevolutionären Bewegungen in der Lage sind.

Daher läuft nichts ohne sie, wird sich jede Bewegung, die die Gesellschaften verändern, d.h. mehr als korporative Reformen eines ansonsten gleichbleibenden Systems will, mit ihren Konflikten verbinden müssen. Kapitalistische Systeme leben vom Wachstum. Nicht nur, weil die Konkurrenz sie dazu zwingt, die Arbeitsproduktivität durch wachsende Kapitalintensität zu erhöhen, sondern auch, weil diese Systeme ihre Expansion einem relativen Klassenfrieden verdanken, um den zu bewahren es notwendig ist, mit Hilfe materieller Konzessionen Systemtreue zu kaufen. Wir müssen hier nicht weiter in die Tiefe gehen, sondern verweisen auf einen treffenden Artikel von Mathias Greffrath in der <Le Monde Diplomatique> vom 12.12.2015 mit dem Titel <Im Fegefeuer des Wachstums>¹⁶. Wer das Wachstum stoppt, der provoziert ein Aufflammen der Klassenkämpfe. Ganz sicher wollen wir das. Die Bourgeoisie will das aber ganz sicher nicht. Die Imperiale Lebensweise bringt es mit sich, dass durch den gewaltigen Ressourcentransfer in die Kernstaaten der Imperialen Lebensweise, d.h. nach Europa und Nordamerika, große finanzielle Überschüsse entstehen, die selektiv an privilegierte Gruppen verteilt, bestens dazu geeignet sind, die Wachstumsspirale

¹⁶ <https://monde-diplomatique.de/artikel/!225684>

weiter zu drehen. Kurz gesagt: Wer SUVs von den Straßen beseitigen will, wer den Flächenfraß durch ausufernden Wohnraum bekämpfen will und wer Inlandsflüge beseitigen will, der muss Einkommen umverteilen. Das sind ein paar Gründe, die wir aufgezählt haben, um eine notwendige politische Tendenz zu stärken. Die Argumente liegen auf der Hand und mehr denn je drängt die Zeit dahin, den ökologischen Tunnelblick zu verlassen und die Konflikte um den ökologischen Zustand der Gesellschaft mit anderen sozialen Konflikten zu verbinden.

e) Im Kampf um Klimagerechtigkeit: Die Frauenbewegung

Die **Frauen**bewegung kämpft ebenso wie die Bewegungen gegen Rassismus bereits seit Jahrzehnten gegen die ignorante Borniertheit einer sogenannten Mehrheitsgesellschaft, die stillschweigend davon ausgeht, dass ihre Partikularität das implizite Privileg einer natürlichen Universalität genießt.

Die globale Situation ist dadurch geprägt, dass der weibliche Teil der peripheren Gesellschaften die Wirkungen des Klimawandels wahrscheinlich zuerst und dann auch noch besonders heftig, zu spüren bekommt. Das hängt damit zusammen, dass Frauen besonders verletzlich sind. Sie arbeiten in den am wenigsten angesehenen Bereichen der Gesellschaft, werden geringer entlohnt als Männer, leben oftmals in extrem engen familiären Strukturen, in denen der Konservatismus Bestandteil eines <modus vivendi> ist und werden von Staatsapparaten zumeist bestenfalls mit Geringschätzung bedacht. Wenn wir von

Klimagerechtigkeit sprechen, dann müssen wir immer auch von dem sie überschneidenden Thema der sozialen Gerechtigkeit sprechen. Frauen in den beherrschten Klassen aller Kontinente sind besonders empfindlich gegenüber Veränderungen der ihr Leben umfassenden ökologischen und sozialen Zusammenhänge. Das führt seitens der internationalen Institutionen, soweit sie in <Entwicklungspolitik> involviert sind, immer wieder zu Versuchen der Instrumentalisierung. Die Klimaapparate der UN (wie das WFP – World Food Program) haben vor Jahren den Begriff der <Resilienz> aufgerufen. Dieser soll Maßnahmen zusammenfassen, die dazu dienen könnten, „schwächere“ Teile der Bevölkerung wie auch nichtmenschliche Ökosysteme widerstandsfähiger gegen den Klimawandel zu machen. Abgesehen von der Tatsache, dass mittlerweile Resilienz auch als Instrument dient, um politische Maßnahmen, die den Klimawandel bremsen, auf die lange Bank zu schieben, gibt es Resilienz nur, wenn die Ressourcen für ein solches Verhalten bereit gestellt werden. Die Resilienz der Frauen mit einer natürlichen <Adaptionsfähigkeit> zu verbinden, kommt ganz im Gewand des neuen Geistes der Aufmerksamkeit für geschlechtsspezifische Verwerfungen daher, verhält sich aber ganz und gar paternalistisch und ist schlicht reaktionär! Es ist immer recht einfach, Akteure des Klimawandels und ihre Opfer zu definieren. Schwierig wird es, wenn es gilt, den Opfern zur Resilienz zu verhelfen, aus ihnen Subjekte zur Selbstermächtigung zu machen statt sie zu Subjekten der Resilienz zu küren.¹⁷ Die internationalen Klimaorganisationen haben sich an einem abstrakten Frauenbegriff festgebissen, der davon handelt, dass vor allem Frauen von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind und zugleich auch die Träger von Nachhaltigkeit darstellen, weil angeblich ihre gesellschaftliche und natürliche Disposition eine flexible Anpassung an veränderte Bedingungen (Resilienz) und einen nachhaltigen

¹⁷ Es gibt kein UN-Trainingsprogramm für Frauen, in dem sie Resilienz lernen könnten. Sie lernen das auch so, aber es gibt politische Konjunkturen, in denen es angebracht wäre Brandbeschleuniger einzusetzen.

Ressourcenumgang mit sich bringen. „... *women are not just the victims of climate change, they represent the strongest key agents to adaptation – as they represent both the problem and the solution.*“ (zit. Figueres in: United Nations Framework Convention on Climate Change – CDM and women, p.5) Und weiter dieselbe Quelle: *“Providing women with access and the ability to make climate friendly changes enables them to not only improve their lives but also the lives of their families and communities.”* (ebd.) Die Orientierung auf <die Frau> als Akteurin im Sinne der Resilienz ist eine Konzession gegenüber dem starken Drängen verschiedener NGOs. Hier bleibt allerdings die Eingebundenheit der Frauen in klassenspezifische Zusammenhänge und ihre Integration in ethnizistische, rassistische Ideologien völlig außen vor. Stattdessen wird ein **viktimisiertes Bild <der Frauen>** entworfen, was nicht gerade dazu beiträgt, emanzipatorische Praktiken zu fördern, die helfen können, die subalterne Rolle, die eben nicht nur geschlechtsspezifisch, sondern auch klassenspezifisch bestimmt ist, in Frage zu stellen. Wir haben es hier mit paternalistischen Erzählungen über Frauen zu tun, die tendenziell eher entpolitisieren als Frauen zur Renitenz anzuregen. Frauen werden als sorgende, pflegende Akteurinnen dargestellt, als Akteurinnen im Projekt einer smarten Anpassung an die natürlichen Folgen des Klimawandels (genannt: Resilienz). Sie werden nur nicht dargestellt als konfliktbereite, um ihre Emanzipation von patriarchalen und sozialen Zwängen kämpfende Subjekte, die oft und gerne Ärger machen, weil das die bestehenden Verhältnisse am ehesten zum Tanzen bringt. Nur letzteres ist dazu geeignet, eine **nachhaltige** Veränderung zu erzwingen!

f) Der Rassismus in der Imperialen Lebensweise

Wer kennt sie nicht, die rassistischen Attitüden des kapitalistischen Alltags, in dessen Berichterstattung es eben Normalität ist, die Entsorgung radioaktiver Abfälle im Meer speziell dort, wo Staaten zu arm sind, um ihre Küsten zu schützen, mit Schulterzucken hinzunehmen und es eben kein Skandal ist, dass elektronische Abfälle zwecks Recycling oder zwecks Entsorgung ihren letzten Gang nach Afrika oder Südostasien antreten, weil das dort auch Arbeitsplätze schaffen würde? Welche rassistischen Attitüden sind im Spiel, wenn es darum geht Konsequenzen aus dem Wissen abzuleiten, wo und unter welchen Bedingungen Rohstoffe gewonnen und Gebrauchswerte für den Alltag in den Kernstaaten der Imperialen Lebensweise hergestellt werden? Welche rassistischen Attitüden werden bedient, wenn (nicht allein) in Deutschland Menschen anderer Hautfarbe in Präferenz von der Polizei belästigt werden, die durchaus wissen könnte, wenn sie es denn wissen wollte, dass einige wesentliche Gründe für deren Migration in den hier und jetzt praktizierten Formen der Imperialen Lebensweise zu finden sind? Die globale ökologische Erosion findet unter Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen statt, die zu ihrem Weiterbestehen nicht nur auf die Gewohnheit der Ohnmacht ihrer Opfer angewiesen sind, sondern auch darauf, alle Versuche des gemeinsamen Aufstehens und praktischer Solidarität zu spalten und zu zerstören. Der Rassismus ist ein probates Mittel, um kollektiven Widerstand im Keim zu ersticken.

Wer kennt sie nicht, die notorischen Ressentiments, die in der Mitte ökologischer Themen als <Überbevölkerung> auftauchen und schnell dahin geraten, den Hauptschuldigen namens <Bevölkerungsexplosion> für die globale ökologische Erosion dingfest zu machen? Diese Diskurse sind kein Terrain, das nur die AfD gepachtet hat. Kaum zu übersehen ist es, dass Klimaaktivismus hier zu Lande als eine weiße Bewegung behandelt wird. Wer spricht von Klimaaktivismus in den Staaten der Peripherie, obwohl gerade der eine entscheidende Rolle bei der Verhinderung ruinöser Bergbauprojekte spielt oder in zahllosen

Fällen Industrieansiedlungen verhindert hat, die in den Staaten des Zentrums nie Genehmigungen erhalten hätten. Wer hat die Entsorgung von allerlei Sondermüll aus den Wohlstandszonen dieser Welt in den Armutszonen dieser Welt aufgedeckt?

Flächendeckend findet nach wie vor eine ruinöse Umwandlung kleinbäuerlich genutzter Flächen in Anbauflächen für Agrosprit statt, obwohl gerade diese Art <nachhaltiger> Energiegewinnung in den Staaten des Zentrums längst in Verruf geraten ist. Es sind Widerstände von Aktivisten und Kleinbauern, die zahllose Flächenkonversionen verhindern und verhindert haben. Die sogenannten Nord-Süd-Beziehungen, die Verhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie, sind nicht einfach nur ökonomische Ausbeutungsverhältnisse, sondern zutiefst im Rassismus weißer Gesellschaften des Zentrums verankert, der diese Ausbeutungsverhältnisse immer flankiert hat. Wie lässt sich die allseits verbreitete Ignoranz der Gesellschaften in den Kernstaaten der Imperialen Lebensweise gegenüber den Bedingungen der Möglichkeiten ihres Konsums und der Herkunft der alltäglichen Gebrauchswerte ihres Lebensstils anders begreifen als durch den Begriff eines <praktischen Rassismus>?

g) Klimaimperialismus in der imperialen Lebensweise

Die Verwendung des Imperialismusbegriffs ist nicht willkürlich. Es gibt für diesen Begriff, der in den Klassenauseinandersetzungen der vergangenen 140 Jahre immer ein Reizwort für die herrschenden Klassen war und ebenso oft auch zum moralischen Vorwurf an die Herrschenden verkam, hochkarätige Analysen zum Thema globaler Arbeitsteilung. Fast alle stehen auf den Schultern von Entwicklungen des Begriffs <Imperialismus> durch R. Hilferding (SPD), R. Luxemburg (SPD) und W.I. Lenin (SDPR). Diese Autoren leiten

Expansionsbestrebungen europäischer Staaten, die zu Kolonialeroberungen führten, aus inneren Widersprüchen der Akkumulation von Kapital in den europäischen Nationalstaaten ab. Die nationalen Regierungen ergreifen Partei für ihr nationales Kapital, dessen Akkumulationsprobleme ebenso wie die der Rohstoffbeschaffung und des Absatzes der Staat vorgibt lösen zu können. Aus diesen Zusammenhängen ist erklärbar, warum im 19. Jahrhundert europäische Staaten (ebenso auch im 20. Jahrhundert, in dem noch die USA hinzukam) die übrige Welt (mit wenigen Ausnahmen) unter sich aufteilten. Für Lenin ist der Imperialismus der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts. Rosa Luxemburg fügte ihrer Theorie des Imperialismus (Die Akkumulation des Kapitals, 1912) noch den Verweis hinzu, dass der Kapitalismus sich nur reproduzieren kann, wenn er sich permanent nichtkapitalistische Sektoren unterwirft: die Arbeitskraft kolonialisierte Völker, die Arbeitskraft von Frauen, die landwirtschaftliche Arbeitskraft. R. Luxemburg schuf dafür den Begriff der <Landnahme>, der heute in vielerlei Hinsicht wieder auflebt in der Stadtsoziologie David Harveys oder auch in den Forschungen feministischer Wissenschaftlerinnen zum Thema <Ökonomisierung der Care-Arbeit>.

Der Begriff des Klimaimperialismus ist jüngerer Datums und wurde aus der internationalen Solidaritätsbewegung geboren, die darauf hinweisen konnte, dass es auch die anstehenden Brüche (notwendige Verbreiterung der Erneuerbaren Energien, Krise der Mobilität) im Rhythmus der Kapitalakkumulation sind, die zu Kapitalinvestitionen im globalen Raum führen. Der Imperialismus ist aber nicht nur die bis heute historische Präsenz der Unterwerfung <minderwertiger Menschenrassen>, sondern agiert in einem globalen Raum, der von erbitterter Konkurrenz aller an der imperialen Aufteilung beteiligten Mächte durchzogen wird, die letztlich immer auf die Lösung der aus der Konkurrenz entstandenen Probleme durch Krieg hinauslaufen kann. Der Begriff des Klimaimperialismus umfasst heute vor allem das Thema der forcierten Aneignung von Rohstoffen und Energie, die wirklich klimarelevant sind. Nicht weil Kapital plötzlich

Menschheitsrettung vor der ökologischen Katastrophe betreiben würde, sondern weil Ökonomen, Staatspolitiker und Analysten glauben, dass mit Digitalisierung und Umwelttechnik sich eine neue kapitalistische Akkumulationswelle initiieren ließe.

Dabei sind die imperialistischen Zentren bezeichnenderweise heute nahezu am gleichen Ausgangspunkt wie 1884/85 in der Berliner Konferenz. Ein kleiner Teil der Menschheit besaß damals und besitzt auch heute die technischen Mittel und das industrielle und finanzielle Kapital, um in absehbarer Zeit die Basis des Kapitalismus in ihren Staaten so zu transformieren, dass dort unterm Strich in Zukunft weniger THG emittiert werden wird. Der Rest der Welt, der vor allem minderbemittelt ist, hat ihnen seine Naturressourcen zur Verfügung zu stellen, um im <Menschheitsinteresse> dem Klimawandel gegenzusteuern. 1884/85 wurde mit der Berliner Konferenz der zeitgenössische Imperialismusbegriff geboren. Wir haben zwar heute im globalen Maßstab keine Kolonialreiche mehr, aber der Vorwurf des Neokolonialismus ist der treue Begleiter aller europäischen Investitionsprojekte und bezieht sich auf eine Herrschaftspraxis, die die globale ökonomische Arbeitsteilung überwölbt.

Als ein aktuelles Projekt gilt die grüne Wasserstoffgewinnung durch Hydrolyse in sonnen- bzw. windreichen Gebieten des globalen Südens. Zunächst im Fokus: Chile, Namibia, Nordafrika. Mit EU-Investitionen sollen gewaltige Hydrolyseanlagen gebaut werden, die dann aus Trinkwasser (eine Hydrolyseanlage für Meerwasser ohne vorherige Entsalzung gibt es noch nicht) Wasserstoff gewinnen. Geeignete Standorte für die meisten, mit Erneuerbaren betriebene Hydrolyseanlagen befinden sich in wasserarmen Gegenden (s. Namibia, Nordafrika), sodass an dieser Stelle bereits ein Konflikt mit der örtlichen Bevölkerung sowie dem Bedarf regionalen Gewerbes oder Industrien vorprogrammiert ist. In der Regel müssen für den Hydrolysebetrieb auch Meerwasserentsalzungsanlagen gebaut werden, wenn es nicht zur massiven Grundwasserentnahme kommen

soll, was wiederum auf massiven Widerstand der von Fischerei lebenden Bevölkerung treffen wird. Zur Zeit werden solche Land- und Wassernutzungskonflikte dem Standortstaat zugeschoben, d.h. <ausgelagert>. Wie weit das gehen kann, ist noch nicht abzusehen. Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die von Thyssen-Krupp in Saudiarabien gebauten Hydrolyseanlagen, die die Stadt NEOM (das Projekt einer völlig energieautarken Stadt mit ca. 400 000 Einwohnern am Roten Meer) versorgen sollen, hat es bereits mehrere Todesurteile gegeben. Die BRD ist bislang H₂-Allianzen mit 26 Ländern v.a. im Globalen Süden eingegangen. Ob da immer was draus werden wird steht in den Sternen. Seitens der BRD ist z.Zt. geplant, dass ca. zwei Drittel des benötigten Wasserstoffs aus Importen stammen soll. Die gesamten H₂-Projekte tendieren zu zentralisierten Megaanlagen, die einen tiefen Eingriff in die ökologischen Bedingungen des Standortes und die gewachsenen Strukturen der Bevölkerung zur Folge haben. In keinem Fall gab es zu diesem Thema eine Konsultation der Betroffenen vor Ort. In der Regel sind solche Projekte Aushandlungsergebnisse zwischen Energiekonzernen und Staatsapparaten, denen hohe Summen geboten werden und die u.U. auch bereit sind sich dafür mit den eigenen Bürgern anzulegen. Das Boegoebaai-Project in Südafrika, nahe der Grenze zu Namibia ist so ein Projekt mit direkter Hafenanbindung, das in einem Land mit Energiearmut installiert werden soll. *„Wie Rainer Baake, Sondergesandter für die deutsche Energiezusammenarbeit mit dem Südlichen Afrika, in einer Nebenveranstaltung zu den UN-Klimagesprächen 2022 sagte: <In einem Land, in dem es dieses Jahr 25% der Stunden keine Elektrizität für die Menschen in Südafrika gab, ist es wohl etwas lächerlich, wenn Wind- und Solarstrom verwendet wird um Wasserstoffderivate für den europäischen Markt zu produzieren.“*(übers. aus: Corporate Europe Observatory – Germany's great hydrogen race, p. 27)

Vorgänger der Wasserstoffhype war das System Agrosprit. Verkauft wurde der Treibstoff aus Agrargütern als Emissionsminderung beim Betrieb von Verbrennungsmotoren durch Beimischung von Methanol zu Benzin. Der Löwenanteil dieses Sprits kam nicht von deutschen Äckern, sondern aus dem Anbau von Ölpflanzen in den Staaten des globalen Südens, wo sie zur Reduzierung des Nahrungsgüteranbaus, Rodung des Regenwaldes und steigendem Absatz der Düngemittelindustrie führten, die wiederum vorwiegend aus fossilen Energieträgern hergestellt wurden. Selbst das Umweltbundesamt empfiehlt ein Ende der Beimischung zu fossilen Kraftstoffen, weil in einigen Fällen der Energieeinsatz für die Herstellung der Additive aus Agrosprit mehr THG emittiert als sie selbst binden. Die Politik des Imports von Agrosprit hat die Potenzen des Großgrundbesitzes und seine enge Verzahnung mit den Energiekonzernen gestärkt, hat zur Vertreibung unzähliger Kleinbauern und zur Degradation von Ackerböden geführt. Und das alles zu dem Zweck, dass in der EU jahrzehntelang der falsche Eindruck erzeugt werden konnte, dass Emissionen des fossil getriebenen Kfz-Verkehrs auf diese Weise erfolgreich reduziert werden könnten. Niemand kann heute noch beurteilen, ob die Initiatoren dieses Unfugs im guten Glauben handelten oder nur aus Zynismus oder um Zeit zu gewinnen. Tatsache aber ist, dass sich heute kaum noch jemand um die Millionen Opfer dieses <Unfugs> kümmert, geschweige denn daraus die Lehren einer politischen Umkehrung ziehen würde. Der nächste <Unfug> steht in Gestalt von Wasserstoff und Elektroauto ins Haus. Beide sind Endprodukte einer imperialen Energieversorgungskette, deren Tauglichkeit zur Emissionsminderung zweifelhaft ist, dafür aber garantiert zur Stabilisierung der hierarchischen Verhältnisse in der Weltwirtschaft beiträgt.

Es gibt in der BRD (wie in allen anderen Staaten auch) einen Privat-/Staatsindustriellen Komplex der Energiewirtschaft, der das Know-how für Energieerzeugung, Transport und Verteilung beherrscht und in engen Beziehungen zum Anlagenbau steht. Dieser Komplex hat ein gewaltiges Interesse daran, dass die Transformation der Energiewirtschaft hin zu Erneuerbaren ebenso unter seiner Kontrolle abläuft wie die Internationalisierung dieser Transformation. Und das betrifft vor allem die Wasserstoffwirtschaft, die mit ähnlichen Herausforderungen zu tun hat wie die Gasversorgung. Dieser Komplex hat aber auch zugleich ein großes Interesse daran, seine fossilen Anlagen, auch wenn sie längst abgeschrieben sind, noch möglichst lange laufen zu lassen. Wir können das seit Jahrzehnten mustergültig im Falle der Kohleverstromung und der Gasindustrie sehen.

Die Strukturen, die in den Staaten des globalen Südens mit der Wasserstoffwirtschaft geschaffen werden sollen, ähneln denen, die bereits aus der fossilen Extraktion bekannt sind und nahezu überall in der Zerstörung ganzer Ökosysteme und ausufernder Gewalt gegen die regionalen Bevölkerungen mündete. Egal mit welchen Legitimationen solche Projekte nun forciert werden: Es werden in den betroffenen Staaten Herrschaftsstrukturen zementiert. Bourgeoisien, deren ganze Existenz von den Energie- und Ressourcenströmen in Richtung EU abhängen und Staaten, die in der globalen Arbeitsteilung an dem untergeordneten Platz verbleiben, an dem sie immer waren. Die inneren Angelegenheiten solcher Staaten, die eine wesentliche Rolle bei der Energieversorgung solcher Zentren wie USA oder EU spielen, sind immer im wachsamem Blick dieser Zentren. Es gibt Schlüsselstaaten in der mittleren internationalen Machthierarchie, die wie der Iran, Irak, Libyen oder

die Staaten der arabischen Halbinsel traditionell die Zulieferer fossiler Brennstoffe für die Zentren sind und deren innenpolitische Entwicklung aufs engste mit ihrer ökonomischen Schlüsselstellung zusammenhängt. Die Geschehnisse der letzten 70 Jahre sind bekannt! Egal, worum sich die Konflikte, in die diese Staaten involviert waren, auch drehten: Immer waren die fossilen Energieträger im Spiel. Nun sind die Kollateralschäden imperialistischer Politik sattem bekannt. Eine Folge dieser Kollateralschäden sind die mit den Schuldenkrisen der 80er Jahre des 20. Jhs. einsetzenden Migrationsströme nach Westeuropa und USA, die sich seitdem wie ein konstanter roter Faden durch die wechselhaften Nord-Süd-Beziehungen ziehen. Ihre Ursachen sind bekannt. Migration ist bislang nur zum kleineren Teil Folge einer ökologischen Erosion der Lebensbedingungen in den Fluchtstaaten. Genau dieser Teil dürfte in der Zukunft aber rasend schnell anwachsen. In den imperialistischen Zentren werden diese Fluchtursachen notorisch ausgeblendet und das muss auch so sein, weil eine Einblendung einer Bankrotterklärung der Nord-Süd-Politik gleichkäme. Alle Klimakonferenzen mit ihren endlosen Konflikten um Schuldfragen am Klimawandel und den daraus entstehenden finanziellen Forderungen verweisen auf ein Gespinst obszöner Lügen. Alle Protagonisten des Wirtschaftswachstums, in Europa wie in den USA, haben seit Jahrzehnten gewusst, was Klimawandel bedeutet, welche Emittenten dabei die Schlüsselrolle einnehmen und welche Folgen der Klimawandel haben wird. So gut wie nichts ist passiert. Bis heute steigen die globalen THG-Emissionen an und hinterlassen auf dem Planeten eine breite Spur der Verwüstung: Brände, Trockenheit, Wirbelstürme. Gletscher schmelzen, das arktische Eis wird in wenigen Jahrzehnten verschwunden sein und nach wie

vor beteuern Regierungen dieseits und jenseits des Atlantiks, dass sie alles im Griff haben. Lügen, Propagandasprüche, Beschwichtigungen und leerlaufende Geschäftigkeit führen dazu, dass selbst die liberale Presse, der wirklich keine ernstzunehmende Staatskritik nachgesagt werden kann, nicht mehr glaubt, was da erzählt wird, weil sie in ihren Berichten just das Gegenteil von dem schreibt, was die Vertreter des Klimamanagements in den transatlantischen Zentren behaupten.

Klima-Imperialismus wirkt tief in die Staaten des Globalen Südens hinein. In allen Staaten finden sich gesellschaftliche Bewegungen, die bereit sind für den Erhalt ihrer Welt zu kämpfen. Wir stehen heute weltweit vor den Bedrohungen seitens einer harten Rechten, die entweder den Klimawandel leugnet oder alle Folgeprobleme des Klimawandels angeblich lösen kann, indem sie dem Linkoliberalismus vorwirft, Träger der Degeneration auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu sein. Die Bolsonaros, Trumps, Putins, Orbans und Erdogans (um nur einige Vertreter aufzuführen) möchten gerne Resilienz suggerieren, d.h. Anpassung durch wirtschaftliche, technische und moralische Stärke halten sie für ausreichend, um den Bedrohungen, die sie nicht leugnen, begegnen zu können. Die harte Rechte tritt international mit unterschiedlichen nationalen Positionen auf, was sie aber eint ist die Sicht auf die Klimakatastrophe, die sie bekämpfen mit Banalisierung ihrer Folgen, stärkerem Wirtschaftswachstum, viel Technik, gewaltsamer Unterbindung von Migration und gesellschaftlichem Schulterschluss („WIR“).

III. Umsetzung

Wichtiger denn je ist eine Neudefinition einiger linker politischer Begriffe. Zum Teil stimmen sie nicht mehr, weil ihr Objekt sich im historischen Prozess entscheidend verändert hat und mit ihnen es nicht mehr möglich ist, die neuen Zusammenhänge zu begreifen. Zum Teil gilt es zu untersuchen, inwiefern sie je tauglich waren. Die politische Linke bringt (nicht nur mit dem Marxismus, sondern auch mit der Weltsystemtheorie) ein begriffliches Repertoire ins Spiel, das ein Reflexionsniveau darstellt, welches die Diskurse der (sowohl konservativen als auch liberalen) Standardsoziologie, ganz zu schweigen von den positivistischen Modellen der Volkswirtschaftslehre, bei weitem übersteigt. Die politische Linke stellt sich zumindest den Anspruch, Begriffe mitzubringen, die nicht nur dazu geeignet sind, das bestehende Gesellschaftssystem in Frage zu stellen, sondern auch einige Antworten zu geben, wie Schritte aus bestehenden Zusammenhängen heraus und der Aufbau neuer Zusammenhänge denn möglich sein könnten. Wir haben oben ausreichend Stoff formuliert, um gezeigt zu haben, dass die Fokussierung ökologischer Probleme ohne Bezug zum Sozialen und zu politischen Machtverhältnissen, die mit Sicherheit woanders geregelt werden als im Parlamentsbetrieb, eine Sackgasse darstellt. Eine Reihe von etablierten Umweltorganisationen hat sich Politikberatung begriffsstütziger Staatsfunktionäre zum Ziel setzt und glaubt durch Mitmachen, den beharrlichen Hinweis auf <die Wissenschaft> und <bessere Argumente> dem Lobbyismus milliardenschwerer Konzerne die Stirn bieten zu können. Wer wie wir meint, dass der Mensch ein Teil der Natur sei, hat diesen Zusammenhang auch dann,

wenn von der Umsetzung politischer Ziele/Projekte die Rede ist, zu reflektieren. Es geht um die Stellung der menschlichen Gesellschaften in ihren ökologischen Zusammenhängen. Und dieses Verhältnis gilt es genau zu untersuchen. Das verbietet jede Art von Anthropozentrismus, weil der Begriff <der Mensch> (oder ebenso: Menschheit) eher ein theoretisches Problem als eine Lösung darstellt. Der Begriffssalat, der sich mittlerweile rund um das Thema <Mensch und Natur> angesammelt hat, diente bislang eher dazu, das Problem zu verdunkeln, dass die Lebensformen von <homo sapiens sapiens> an ihre ökologischen Grenzen stoßen.

a) Eckpfeiler von Politik

Wir leben in einer Klassengesellschaft, deren Strukturen der Herrschaft, der Ungleichwertigkeit der Menschen und der Gewaltverhältnisse offensichtlich die Erkenntnis aufzwingt, dass eine Bewältigung der akuten Widersprüche und krisenhaften Spannungen zwischen den menschlichen Gesellschaften und ihrer Umwelt ebenso wie innerhalb der Gesellschaften, nur in einer klassenlosen Gesellschaft möglich sein wird. Das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft ist der Versuch den derzeit dominanten Kapitalismus zugunsten anderer Formen der Vergesellschaftung von Menschen zu verdrängen. Dabei werden neue Krisen, neue Widersprüche erzeugt. Dass wir uns im Kampf um eine klassenlose Gesellschaft mit den expliziten (den Meritokraten) und impliziten Freunden (den Demütigen) der Klassengesellschaft anlegen werden, ist zwangsläufiges Resultat¹⁸. Das hat eine Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln zur Folge, weil diese Verfügungsgewalt ihren Eigentümern in einer Ökonomie der Konkurrenz nicht nur den Zwang aufherrscht, die

¹⁸ Viel nerviger sind in diesem Zusammenhang gerade jene, die zwar viel von Klassengesellschaft reden, aber von Konflikten, von Klassenkampf, nichts wissen wollen.

Kapitalakkumulation voranzutreiben, sondern jede gesellschaftliche ökologische oder auch soziale Diskussion über die Frage <Wie weiter?> unter der Faktizität ihrer „Sachzwänge“ begräbt. Dieser Sachzwang ist der der unaufhörlichen Akkumulation von Kapital. Andere nennen das Steuerung der Wirtschaft durch den Profit.

Eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel (die sowieso längst gesellschaftlichen Charakter tragen, aber privat angeeignet werden) eröffnet nicht nur die Pforte für eine Demokratisierung betrieblicher und ökonomischer Prozesse (Beseitigung der Fabrikdespotie), sondern auch zu einer an der Belastungsfähigkeit der Ökosysteme ausgerichteten der Wirtschaft. Praktisch wäre das ein Schritt über die derzeitigen Versuche einer mit Gewissen und Kritik ausgestatteten Öffentlichkeit hinaus, die mit Umweltengeln, veganem Essen, Bioladenkonsum und fair-trade-Textilien am Konsumente der Kette mit Veränderungen ansetzt und sich dabei in den Fallstricken des Marketing wie die Fliege im Spinnennetz verheddert.

Der wahrscheinlichste Weg wird darin bestehen, ökonomische Prozesse genossenschaftlich zu organisieren. Ein immer wiederkehrender Einwand aller Freunde einer Klassengesellschaft besteht im Hinweis auf den Schneckengang solcher Prozesse, die erst ausführlich diskutiert werden müssten, bevor sie umgesetzt werden. Angesichts der Tatsache, dass der Kapitalismus mit seiner Verehrung der Hochgeschwindigkeit gerade dabei ist, seine eigene Welt vor die Wand zu fahren, müsste das Lob der Langsamkeit nicht nur für die Minderheit der Wachstumsmuffel, sondern auch die Mehrheit der Stressgeplagten attraktiv wirken. Den <Neuen Menschen > als Alternative zum gestressten Normalbürgermodell können wir auch schon in groben Umrissen skizzieren: Wer könnte besser die <steady-state-Gesellschaft> repräsentieren als der <introvertierte Phlegmatiker>, der eher geneigt ist, den Nachdenker als den Vordenker zu spielen!?

Wem das zu langweilig ist kann es ja mal mit Technik probieren, der bis in grüne Kreise hinein nachgesagt wird, lang- und kurzfristig alle gesellschaftlichen Malaisen heilen zu können. Wir sind keineswegs Feinde der

Technik, meinen aber, dass es ein paar wertgeschätzte Kriterien geben sollte, an denen sich Technik und Technikentwicklung orientieren sollte. Um es auf den Punkt zu bringen: Jährlich fordert das Automobil mehr als 1 Millionen Todesopfer. Das sind mehr Tote als durch sämtliche bewaffneten Konflikte jährlich sterben. Eine Gesellschaft, die nicht auf blindes Wachstum setzt und das als <Fortschritt> verkauft, könnte durchaus in der Lage sein, ein Massenvernichtungsmittel von einem Gebrauchswert zu unterscheiden. Dasselbe gilt für die noch in den 60er Jahren verehrte <zivile Nutzung der Atomenergie>. Die Entscheidungen über solch schwierige Fragen dauern zumeist einige Zeit, werden aber schon etwas leichter, wenn Klasseninteressen an Kapitalverwertung keine dominante Rolle mehr spielen.

Zweifellos wird Technik auf dem Weg zur Erlangung von Klimagerechtigkeit eine herausragende Rolle spielen. Wir können heute bereits sehen, dass Erneuerbare Energien innerhalb von wenigen Jahrzehnten die Perspektive eröffnet haben, dass postfossile Gesellschaften keineswegs an chronischem Energiemangel leiden müssen und auch arme Länder im globalen Süden ein funktionierendes System der Energieversorgung (das ist die Eintrittspforte zur Industrialisierung) installieren können, ohne sich in die gnadenlose Abhängigkeit von Energiekonzernen begeben zu müssen. Aber auch die Staaten des globalen Südens sind ein Teil des kapitalistischen Weltsystems und die Bourgeoisien dort sind eher daran interessiert, Kohle- und Atomkraftwerke bauen zu lassen als dezentrale Windräder und Solarparks in Bürgerhand.

Gleichheit ist ein schwammiger Begriff. Der hohle Spruch von der <Gleichheit aller Menschen > wird bei zahlreichen Mitmenschen, die das hören, wohl angesichts der ins Gesicht springenden Realitäten nur ein zynisches Lächeln hervorrufen. Trotzdem: Auch die Deklaration der politischen und sozialen Menschenrechte (1948,1976) hatte und hat ihre Wirkungen. Ihre Etablierung als Prämissen der UNO ist zumindest Folge des über mehrere Generationen erfolgreichen, aber oft auch mit Niederlagen geschmückten Kampfes für Rechte,

die alles andere als selbstverständlich gelten. Die Etablierung der juristischen Gleichheit aller Staaten, und in den Staaten aller Bürger, ist zwar angesichts der sozialen Ungleichheiten ein Anachronismus, aber einer, der Millionen Menschen in aller Welt täglich dazu motiviert für reale, für soziale Gleichheit, für Demokratie und politische Freiheiten zu kämpfen. Die Facetten sozialer Ungleichheit könnten nicht vielfältiger sein: Sexismus ist die Diskriminierung eines Menschen auf Grund seines Geschlechts, Rassismus ist seine Diskriminierung auf Grund der zufälligen phänotypischen Abweichung vom WASP (White-Anglosaxon-Protestant), Klassismus ist die Diskriminierung auf Grund der sozialökonomischen Stellung eines Menschen in der Hackordnung der kapitalistischen Gesellschaften.

Der globale Kampf für Gleichheit und Demokratie ist zur Zeit die stärkste Waffe im Kampf für Klimagerechtigkeit. Sei es das Engagement zahlloser NGOs für eine Neuordnung der globalen Hierarchie, sei es das Engagement von Gewerkschaften für menschenwürdige Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für Demokratie und Teilhabe an politischen und sozialen Entscheidungen, sei es der Kampf auf der Straße und in Institutionen gegen Rassismus und Sexismus, sei es der Kampf gegen korrupte und autoritäre Staatsapparate und Regierungen – stets geht es darum, die globalen Hierarchien in ihrer Mikro- wie in ihrer Makrodimension in Frage zu stellen. Es ist dieses Engagement, dem unsere Solidarität gilt, weil wir wissen, dass ohne ihren Erfolg unser Kampf scheitern wird! Es sind die Kämpfe für Gleichheit, für eine menschenwürdige Arbeit, für Einkommen, die zum Leben reichen und für eine Umweltpolitik, die auch

nachfolgenden Generationen eine bewohnbare Welt hinterlässt¹⁹, die dazu in der Lage sind, die globalen Arbeiterklassen, Kleinbauern, Jugendliche zu mobilisieren.

Solidarität: Durch die Klimakrise rückt die Welt zusammen. Nicht im Sinne einer zunehmenden Kooperation, sondern durch die Tatsache, dass nahezu jede örtliche Emission von THGs globale Wirkungen zeigt und in Form von Klimawandel zurückkommt. Diese Globalisierungsprozesse, die den Klimawandel charakterisieren, finden in einem Raum statt, der merkwürdigerweise stark fragmentiert ist, zerrissen wird durch die Konkurrenz der Kapitale und der Nationalstaaten. Jeder Regierung ist bewusst, dass die Zukunft ihres Nationalstaates in erster Linie von der ökonomischen Stärke, ganz nüchtern gesprochen, von der Zahlungsbilanz und erst in zweiter Linie von der militärischen Stärke abhängt. Zugleich findet im Innern der Nationalstaaten scharfe Konkurrenz zwischen den Kapitalien statt. Regionale und internationale Konzerne verwandeln den globalen ökonomischen Raum in ein Schlachtfeld um Marktzugänge, billige Arbeitskraft, willfährige Staaten und billige Natur. Wer die höchsten Profitraten erwirtschaften kann (und niemand ist auf dem Weg dahin besonders wählerisch in der Verwendung der Mittel), der kann die höchsten Investitionsraten zur Steigerung der Kapitalintensität vorweisen und das ist der Königsweg zu einer beabsichtigten Marktdominanz. Die Konkurrenz wird um so stärker, je geringer die Chancen auf einem zur Zeit eher stagnierenden Weltmarkt sind, steigende Profitraten in traditionellen Industrien zu erzielen. Selbst die sogenannte Digitalisierung, ein Sektor, der jahrzehntlang einen neuen und zugleich nie dagewesenen

19 Eins für eine Reihe von Beispielen des <working class environmentalism> ist die grüne Blockade (green bans) der Baugewerkschaft von New South Wales, Australien in den 1970er Jahren, die eine ganze Reihe umweltschädlicher und städtebaulich verheerender Projekte verhinderte.(s.a.: Verity Burgmann and Meredith Burgmann: 'A rare shift in public thinking': Jack Munday and the New South Wales Builders Labourers' Federation, in: Labour History 17/1999) In Richtung Schulterschluss mit der Klimabewegung geht auch die Kampagne <One Million Climate Jobs> der <Campaign against Climate Change>, in deren Zentrum Gewerkschafts- und Arbeiteraktivisten stehen. Die Kampagne wird auch von COSATU unterstützt.(Ausführlich unter: https://www.campaigncc.org/sites/data/files/Docs/one_million_climate_jobs_2014.pdf). In all diesen Fällen ist die Möglichkeit einer breiten Kooperation wesentlich von der gewerkschaftlichen Verankerung in der Tradition der Klassenkämpfe abhängig.

Aufschwungszyklus versprach, hat keine in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen können. Stattdessen stagnieren die Zuwächse der Arbeitsproduktivität und fließt das überschüssige Kapital heute in den Finanzsektor und in längst vergessene Bereiche wie Landwirtschaft und Rohstoffabbau: Dort treibt es das Karussell der Spekulation an, hier verdrängt es Millionen von Kleinbauern von ihrem Land und zwingt diese frisch proletarisierten Arbeitskräfte, ihren Lebensunterhalt in Bergbau und Plantagenwirtschaft zu verdienen. Die Kapitalströme, die in die Landwirtschaft fließen, sollen dort keineswegs nur dazu beitragen, die wachsende Nachfrage nach Nahrungsmitteln zu befriedigen, sondern vor allem die nach Energie und neuen Rohstoffen. Was sich vor unseren Augen abspielt ist eine Art Renaissance der <Ursprünglichen Akkumulation>. David Harvey nennt es <**Akkumulation durch Enteignung**>, wo nichtkapitalistische oder peripher an den Kapitalismus angekoppelte Bereiche der Kapitalverwertung zugänglich gemacht werden, da die herkömmlichen und die <High-Tech-Sektoren> nicht mehr geeignet sind, das anlagesuchende liquide Kapital auf dem Weltmarkt zu absorbieren. Mag es sich um Ölpflanzen, Industriepflanzen, Fleisch, Soja, Getreide, Manganknollen, Seltene Erden, Kobalt und ähnliche Exoten oder – ganz profan – den Gesundheitssektor, Bildung, genetische Rohstoffe oder Söldnerarmeen handeln, es gibt eine Menge neuer Dinge, die zu Waren gemacht werden. Das ist der Hintergrund des Privatisierungstrends. Jede sozialökologische Transformation, die auf Klimagerechtigkeit abzielt, hat zu beachten, dass sich an diesen Zusammenhängen nichts ändern wird, wenn es nicht gelingt, die Arbeitskräfte der Produktions- und Zirkulationskette zu mobilisieren. Wer hier auf bestehende Staatsapparate setzt, der hat nie über die Verschränkungen von politischer und wirtschaftlicher Macht nachgedacht, die sich nur durch Klassenkämpfe verändern und aus den Angeln heben lassen. Die Welt rückt auch zusammen, weil sich eine globale Klimabewegung gebildet hat. Sie ist sehr heterogen, aber sie ist vernehmlich. Die Klimabewegung ist ein internationaler politischer Renner geworden und wohl zur

Zeit die einzige Kraft, die angesichts einer immer drängender werdenden ökonomischen und sozialen Krise das Thema Klimawandel auf der öffentlichen Tagesordnung zu halten imstande ist. Ihre Formen der Solidarität sind die einzigen, auf die wir zählen können. Ob sie ausreichen werden, um die Kräfte der Konkurrenz der Staaten und Konzerne, den ausgreifenden Nationalismus und die Drohungen des Rassismus in die Schranken zu weisen, darf allerdings bezweifelt werden. Erstens lassen sich Teile der Klimabewegung auch in die imperialen Strategien von Staaten und Konzernen einspannen, wie das zur Zeit bei den deutschen Grünen passiert, deren Klimastrategie auf ein nationales Vorzeigeprojekt in Gestalt eines starken Standortes Deutschland hinausläuft²⁰. Wer darauf setzt, dass Staatsapparate oder gar Regierungen in dieser Hinsicht selbst tätig werden, der hat jetzt schon den Kampf gegen den Klimawandel verloren. Das sehen die grünen Strategen von Kretschmann bis Ralf Fücks anders und es wäre für alle Beteiligten angenehmer, wenn sie Recht behalten würden.

Wenn wir schon beim Thema der Solidarität sind, dann kommt natürlich auch die Frage auf die Tagesordnung, wie es gelingen kann, auf der Ebene des Nationalstaates solidarische Verhältnisse unter den Beherrschten zu schaffen, d.h. Konkurrenz aus ihrem Lebensalltag herauszunehmen, die den herrschenden Klassen immer wieder als Eintrittspforte für Spaltungen dient. Ein Mittel, um einen kleinen, aber solidarischen Schub auf den

20 Interessanterweise spielte das Buch von O. Lafontaine mit dem Titel <Keine Angst vor der Globalisierung>, das er 1998, d.h. kurz vor dem Sieg der Rosa-Grünen Koalition bei den Bundestagswahlen herausgegeben hat, in der Diskussion um die nachfolgenden politischen Strategien bei den GRÜNEN kaum eine nennenswerte Rolle mehr. Obwohl die Konzeption der GRÜNEN sich heute vom damaligen Entwurf Lafontaines für ein rosa-grünes Strategieprojekt nicht sehr stark unterscheidet. Das Ziel ist die Stärkung des deutschen Industriestandortes mit Hilfe von avantgardistischen Zukunftstechnologien, deren Massenexport in die Welt dann letztere vor dem Klimakollaps bewahren soll. Nebenprodukt dieser Exportstrategie soll dann der gut verdienende deutsche Fach-arbeiter sein und über die fiskalischen Einnahmen könnten dann auch die Lasten des Sozialstaates bezahlt werden. Das Projekt wurde vermarktet als realitätstauglicher Altruismus. Mag sein, dass das mit dem Altruismus auch zutrifft. Die Realitätstauglichkeit ist gering zu veranschlagen, weil die meisten Staaten dieser Welt eben ihre Energieprojekte und Industrieausrüstungen noch nicht einmal abbezahlt haben (logischerweise haben sie sich auch noch nicht amortisiert) und wenig Spielraum haben, sich en masse mit deutscher Umwelttechnologie auszurüsten. Das Projekt mag sehr logisch für den puren Ökonomenverstand (Heiner Flassbeck stand Pate!) gewesen sein, die ökonomische Hierarchie blieb unterbelichtet. Wie oben schon vermerkt: Das Diktat der Zahlungsbilanz zerstört jeden Altruismus.

Weg zu bringen, wäre eine Bürgerversicherung, in die alle Bürger gemäß ihrer Einkommen einzahlen und aus dem sie einen für alle gleichen Rentenbetrag im Ruhestand und eine für alle gleiche Gesundheitsversorgung erhalten werden. Menschen, die nicht den Löwenanteil ihres Alltags dazu verwenden müssen, sich ums Überleben zu kümmern und vom gesellschaftlichen Leben nicht abgehängt zu werden, haben Zeit zu kämpfen, haben Zeit sich um Politik zu kümmern und sich in die Gestaltung ihres eigenen Lebens durch Mitgestaltung von dessen Umfeld aktiv einzubringen.

Wir grenzen uns an dieser Stelle auch von allen Versuchen ab, das Thema der Ungleichheit, sei es das des Rassismus, der Klassengesellschaft oder der Genderhierarchie in das sozialliberale Korsett von Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu pressen. Diese Versuche ignorieren, dass das Recht selbst auch eine Quelle von Herrschaftsstrukturen und ihren Hierarchien ist, was der Liberalismus, der diese Begriffe pflegt, nicht sehen will. Diese Begriffe gehen davon aus, dass im Kapitalismus der Erfolg verallgemeinerbar ist, wenn alle, die am Start sich zur Verwirklichung ihrer Chancen, die das System durch das Recht ihnen anbietet, gleichermaßen anstrengen bzw. Leistung zeigen würden. Denn: *„...das Leistungsprinzip ist eine Moral der Sieger, die davon ausgeht, dass die Besiegten ihr Schicksal verdienen, wenn der Wettbewerb unter fairen und gerechten Bedingungen verlaufen ist. Diese Fokussierung auf die Eliten ist keine Perversion des Leistungsprinzips, sie ist ein wesentlicher Bestand ihrer selbst, da sie darauf abzielt, eine gerechte Ungleichheit zu produzieren, eine Ungleichheit, die die Sieger und die Besiegten gleichermaßen verdient haben, da die einen wie die anderen ihr Schicksal nur sich selbst zu verdanken haben.“*(Francois Dubet: Les pièges de l'égalité des chances; Le Monde 30.11.2009)

Viel Zeit und Tinte wird im Diskurs über die Zukunft der kapitalistischen Wachstumsgesellschaften darauf verwendet, die Fragen des Einflusses von konsumtiven Gewohnheiten auf das ökonomische Wachstum zu debattieren. Zugleich stellt sich auch die Frage, wie Menschen hier und heute klar werden kann, dass sie ihr

Wohlstandsmodell nicht nur mit der gewöhnlichen Alltagsschinderei bezahlen, sondern es sich auch lohnen könnte, ein attraktiveres Leben zu erkämpfen, das mit geringerem Ressourcen- und Energieverbrauch einhergeht. Wir wissen alle, dass ein großer Teil dessen, was als lebensnotwendige Ausstattung betrachtet wird, nichts anderes als die Reaktion auf die Zwänge des kapitalistisch organisierten Alltagslebens ist. Das fängt beim Auto an und hört bei der Wohnfläche sicher nicht auf, obwohl das die beiden höchsten Emissionsquellen sind. Beim Auto dominiert ein infrastrukturbedingter Zwang und bei der Wohnfläche ein statusbedingter. Beide haben ihre materielle Basis in der Einkommenshierarchie und den Zwängen der Kapitalreproduktion. Solange es hohe Einkommensüberschüsse bei einem Teil der Bevölkerung (das ist nicht nur die Bourgeoisie, das sind auch beträchtliche Teile in der oberen Hälfte des Neuen Kleinbürgertums) gibt, die in Konsumgüter umgesetzt werden müssen und damit auch eine neue Nachfrage erzeugen, wird es keine Wachstumsreduzierung geben. Und deshalb wird jede gravierende Senkung der THG-Emissionen durch Veränderungen der Preisstruktur auf dem Rücken derer geschehen, die in der Klassengesellschaft unten stehen. Steigende Mieten und Wohnungspreise werden eine Reduzierung der THG-Emissionen dadurch bewirken, dass bei diesem Teil der Bevölkerung der ohnehin beträchtlich geringere Wohnraum noch weiter zusammenschmilzt und Thilo Sarazzins Vorschläge, wie Habenichtse mit Wollpullovern auch bei 10° Wohntemperatur über den Winter kommen, werden so eine späte Würdigung erfahren. Wer will, dass die Verkehrsemissionen sinken, weil nur noch die Bourgeoisie Auto fährt, muss, wie einst die Grünen das wollten, den Benzinpreis verdoppeln. Das sind alles denkbare Wege aus der Falle des Klimawandels. Ob sie aber auch begehbar sein werden, möchten wir bezweifeln.

Wer den Klimawandel stoppen will muss die Bourgeoisie enteignen, Städte autofrei machen und Wohnraum verge-

sellschaften. Es ist sowieso schwer einsehbar, warum der Großgrundbesitz an der Klimafalle verdient. Wenn diese Formen des <Abspeckens> der Emissionsquellen noch nicht ausreichen, dann sollte es eine gesellschaftlich breit angelegte Diskussion um die Frage geben, an welchen Punkten weiter abgespeckt werden kann. Aber prophylaktisches Salbadern über allgemeine Wohlstandsminderung, viel zu billige Energie und <Befreiung vom Überfluss (N. Paech) ist schiere Ignoranz.

b) Was tun?

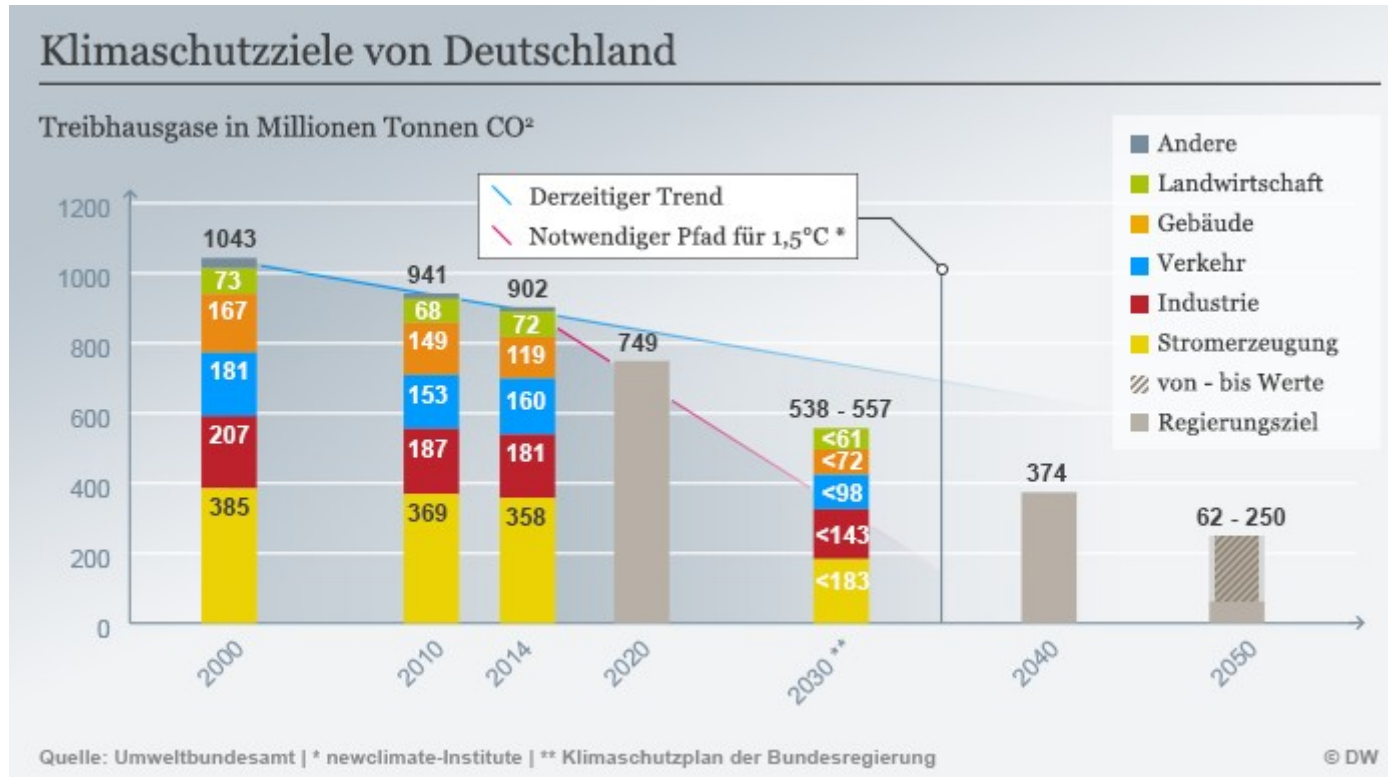
Was wir hier betreiben wollen ist alles andere als Politikberatung. Wir wollen Notwendigkeiten aufzeigen, die zwingend realisiert werden müssen, wenn Übereinstimmung in den Zielen herrscht. Wir haben oben in groben Umrissen aufgezeigt, welche Kriterien wir meinen beachten zu müssen, wenn wir von Klimagerechtigkeit sprechen. Wir wissen, dass Klimagerechtigkeit auch ganz anders definiert werden kann.²¹ Wir sprechen über Klimagerechtigkeit nicht vom Standpunkt fiktiver Menschheitsinteressen, auch nicht vom Standpunkt eines moralischen Appells, künftigen Generationen eine intakte Welt zu hinterlassen, sondern von einem Klassenstandpunkt aus, der die Welt konkret, d.h. differenziert begreifen will und gesellschaftliche Verhältnisse als Konflikt sieht.

21 Anton Leist: Klimagerechtigkeit; Information Philosophie - <https://www.information-philosophie.de/?a=1&t=5734&n=2&y=1&c=2#>

Der Ausgangspunkt sei die derzeitige Lage Deutschlands im Zusammenhang mit seinen Verpflichtungen aus dem

Pariser Vertrag von 2016:

Die Selbstverpflichtung (notwendiger Pfad für 1,5°C) ist nur eine erste normative Zielmarke. Dass die deutsche Erfüllung oder deutsche Nichterfüllung wenig daran ändern wird, ob die Welt das Ziel der 1,5°C - Erwärmung einhalten kann, sich mit 2°C zufriedengeben muss oder in heißere Gefilde rutschen wird, trägt nichts zur Sache bei. Diese Selbstverpflichtung ist das Resultat eines Machtspiels, dem sich die schwächeren Staaten auf der



Klimakonferenz 2016 notgedrungen unterwerfen mussten. Die Selbstverpflichtung Deutschlands (1,5°C) hat nichts mit Klimagerechtigkeit zu tun, wie wir sie begreifen, denn sie hat in diversen Regionen der Welt beträchtliche, in Europa und Nordamerika nur mäßige Flurschäden zur Folge. Nehmen wir sie trotzdem als normative Zielmarke, dann fällt sofort auf, dass selbst diese Zielmarke nicht erfüllt werden wird.

Wir wollen in den folgenden Punkten nur festhalten, welche Schritte wir als sinnvoll erachten, um a) diese 1,5°C-Verpflichtung Deutschlands zu erreichen und b) zumindest eine Tendenz in die Praxis umzusetzen, die in Richtung globaler Klimagerechtigkeit – so wie wir sie oben in groben Zügen entworfen haben – zeigen könnte.

- Ein schneller, möglichst 2030 beendeter, Übergang zur vollständigen Gewinnung elektrischer Energie aus erneuerbaren Quellen
- Ein bis 2050 projektierte Mobilitätsplan, der die Ballungszentren, darunter vor allem die Großstädte, autofrei macht und mit einem gut funktionierenden ÖPNV ausstattet. Zugleich gilt es, das Land schrittweise in den

ÖPNV einzubeziehen und zugleich Städten und Dörfern jene Infrastruktur der Versorgung zurückzugeben, die ihnen in den vergangenen Jahrzehnten geraubt wurde.

- Radikale Arbeitszeitverkürzung auf eine 20-h-Woche mit wachsender Einbeziehung der Bürger in kommunale und regionale Verwaltungs- und Politikzusammenhänge. Es muss für immer mehr Menschen nicht nur möglich, sondern auch selbstverständlich werden, dass sie sich aktiv, mit dem Mut zum Widerspruch und im vollen Bewußtsein, dass sie nur kollektiv und organisiert, Ziele von Relevanz werden erreichen können, in öffentliche Belange einmischen. Wenn nur noch 20 h gearbeitet wird,

können die Menschen auch ein paar Stunden darauf verwenden, Dinge kollektiv selbst zu erledigen, die zuvor in aufgeblasenen Apparaten durch bezahlte Bürokraten erledigt wurden. Wenn die Menschen das erkämpfen, dann haben sie in den Konflikten, die sie bis dahin zurücklegen, alles gelernt, was sie brauchen, um sich nicht weiter vor Herrschaftsansprüchen automatisch zu ducken. Arbeitszeitverkürzung ist und bleibt eine notwendige Voraussetzung einer Demokratisierung gesellschaftlicher Verhältnisse.

- Vergesellschaftung von Energieerzeugung, Konzernen und Großgrundbesitz. Das ist eine notwendige Voraussetzung demokratischer Verhältnisse. Heute sind es schlicht die gewaltigen Machtmittel einer Minderheit, die der große Mehrheit der Bevölkerung ihre Partikularinteressen aufzwingen, indem sie sie einschüchtern. Eine Gesellschaft, die über die ökologischen und sozialen Bedingungen der eigenen Zukunft entscheiden will, darf nicht zum Objekt der Erpressung einer Minderheit werden, die über die Grundpfeiler des Alltagslebens entscheidet.

- Definition und Umsetzung eines Einkommenskorridors, der die hierarchische Leiter der gesellschaftlichen Ungleichheiten verringert.

- Wir benötigen eine Bürgerversicherung, die dazu in der Lage ist, den Menschen die Unsicherheiten zu nehmen, sie widerstandsfähiger gegenüber auch subtilen Praktiken der Machtausübung machen. Krankheit, Alter, Schwangerschaft, Kindheit ... das sind die verletzlichen Lebensabschnitte, die von einer allgemeinen und solidarischen Daseinsvorsorge abgedeckt werden müssen.
- Stopp aller Kapital- und Warenexporte und Investitionen, die den Pfaden der Billiglöhne, wohlfeiler Ressourcen, fehlenden Umweltschutzes und militaristischer Geopolitik folgen. Die Geschichte zeigt, dass auch die Illusion der Herrschenden, in einem globalen Haifischbecken zu überleben, an einem recht kurzen Faden hängt. Seien wir dort, wo sie sich der Illusion hingeben, realistisch. Das heißt: Nur durch eine Praxis globaler Solidarität, die alle derzeit üblichen chauvinistischen Attitüden einer Großmacht vermeidet, wird es möglich werden zu lernen, **dass eine Andere Welt möglich ist.**